

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

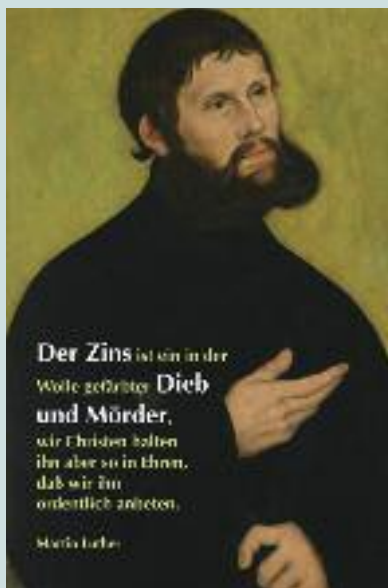
A portrait of Martin Luther, a German monk, priest, and theologian, is the central image of the cover. He is depicted from the chest up, wearing a black cap and a black robe. His face is pale with some visible texture, and he has a serious expression, looking slightly to the right. The background is a solid blue color.

Der Zins ist ein in der Wolle gefärbter Dieb

Martin Luther

Die Zinstheorie der Geldreform
Brauchen wir eine solidarische Bankenfinanzierung?
Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!

Liebe Leserinnen und Leser,



In diesem Jahr wird das 500-jährige Reformationsjubiläum gefeiert und auch die INWO beteiligt sich mit einem Stand am evangelischen Kirchentag. Wäre Martin Luther »ein obskures, von Zweifeln erdrücktes Mönchlein geblieben, wenn nicht die Silberproduktion seiner Heimat und das mit dem Silber hergestellte Geld die Arbeitsteilung ermöglicht hätte, die den Handel und den Verkehr belebte und durch den hiermit verbundenen lebhaften Gedankenaustausch fördernd auf die geistige Entwicklung gewirkt hätte«, wie Silvio Gesell es 1914 in der Zeitschrift *Der Physiokrat* behauptete?

Zwar lassen sich geistige Eigenschaften nicht mit Geld kaufen, aber die geistigen Anlagen werden durch wirtschaftliche Umstände gefördert oder gehemmt. So muss doch der Unterricht in Schulen und Universitäten bezahlt werden, und auch die Ruhe, die Bücher, die Reisen, die zum Selbststudium nötig sind, brauchen Arbeitsteilung.

Für Silvio Gesell war die Arbeitsteilung »die Mutter aller Kultur«. Doch die Arbeitsteilung hängt vom Geldwesen ab. Daher war es für Gesell ganz natürlich, die Ursache eines erblühenden Geisteslebens, ja der gesamten Renaissance,

in den damals vorgenommenen Umwälzungen im Geldwesen zu suchen.

Luther gelang es nicht nur, in die Oberschicht aufzusteigen, nicht nur, sich von seiner Angst vor Gottes Bestrafung und ewiger Verdammnis, die die Gesellschaft damals prägten, zu befreien, sondern auch mutig und öffentlich den Ablasshandel der Kirche zu kritisieren und einen gnädigen Gott zu propagieren.

Über Schuld und Sühne lohnt es sich also nicht nur im theologischen Sinne nachzudenken, sondern auch ganz konkret im Hinblick auf überschuldete Ökonomen und notwendige Entschuldungen. David Graeber hat dies in seinem Opus »Schulden. Die ersten 5000 Jahre« thematisiert.

»Wenn es anders wäre, wenn keiner mehr heute bei seinem geistigen Streben auf materielle Schwierigkeiten stoßen würde«, wenn die Völker von ihrem ökonomischen Druck befreit würden, so fragte Gesell, was für Wunder würden wir dann erleben? Auch heute noch gelten Arbeit und Bildung als die wichtigsten Instrumente im Kampf gegen Armut, doch beide brauchen entsprechende wirtschaftliche Voraussetzungen.

Die Fragen nach mehr Gerechtigkeit und den Möglichkeiten von Entschuldung stehen somit zentral, wollen wir Freiheit und kulturelle Blüte, nicht nur 1517 oder 1914, sondern auch heute wieder.



Beate Bockting

Kontakt: Beate.Bockting@INWO.de

Inhalt

- 3 Diskussion am 28.3. in Dortmund:
Brauchen wir eine solidarische Bankenfinanzierung?
- 4 Interview Dirk Schumacher: Ein weitsichtiger Genosse
- 6 Silvio Gesells Robinsonade:
Die Zinstheorie der Geldreform
- 9 Beate Bockting: Neue Studien zur Armut
- 10 Interview Josef Paul: Ein mutiger Banker
- 11 Dominic Konstam: Missverständene Negativzinsen
- 12 Alwine Schreiber-Martens:
Bericht VÖÖ-Workshop »Wachstumszwang?«
- 14 Buchvorstellung Michael Hudson: Der Sektor
- 16 Klaus Willemssen: Reichtum umverteilen!
- 17 Beate Bockting: Grundsteuerreform auf Eis gelegt?
- 18 INWO Schweiz
- 21 INWO Deutschland
- 22 Mitgliedsantrag INWO-D

Impressum

FAIRCONOMY 13. Jahrgang, Nr. 1 März 2017, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Auflage: 1.600 Exemplare

Bildnachweis: Titelseite: Lucas Cranach d.Ä. »Martin Luther«, 1529; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 2: © Lucas Cranach d.Ä. »Martin Luther als Junker Jörg«, 1522; 3: © animaflora / fotolia.com; 6: © Uli Stoll-www.parknplay.de / pixelio.de; 7: © omico / fotolia.com; 8: © ivanmateev / fotolia.com; 11: © Lupo / pixelio.de; 13: © Geralt / pixabay.com; 16: © heju / pixabay.com; 17: © geralt / pixabay.com; 18: © Coloures-pic / fotolia.com; 19: © Renate Franke / pixelio.de; 21 oben: © www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/; 21 Mitte: Lucas Cranach d.Ä. »Martin Luther«, 1529 / Christina v. Puttkamer

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Mühlbauer Druck, Puchheim (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt Deutschland: INWO e.V.,
Wallstr. 97, 50321 Brühl, Telefon: +49 2232 15 63 68,
E-Mail: INWO@INWO.de, www.INWO.de

Kontoverbindung:
INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Abo-Kontakt Schweiz: INWO Schweiz, Postfach 3161,
5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90,
E-Mail: buero@INWO.ch, www.INWO.ch

Kontoverbindung:
Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8
PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist ei-

ne Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Brauchen wir eine solidarische Bankenfinanzierung?

INWO-Diskussionsveranstaltung am Dienstag, den 28. März in Dortmund

Bisher war die Haupteinnahmequelle der meisten Banken die sogenannte Zinsmarge, der Unterschied zwischen den Einnahmen aus Kreditzinsen und den Ausgaben für Guthabenzinsen. Da die Kreditzinsen seit Jahren stärker sinken als die Guthabenzinsen, sinkt auch die Marge der Banken. Zudem zahlen die Geschäftsbanken seit 2014 für überschüssige Reserven einen Negativzins an die Europäische Zentralbank. Schon Karl Marx sprach vom »tendenziellen Fall der Profitrate« und es ist auch logisch, dass in einer relativ »ausgewachsenen« Wirtschaft die Möglichkeiten für besonders profitable Geschäfte nicht mehr so groß sind, wie sie das zum Beispiel nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs waren.

Wenn die Zinsen niedrig sind und auch auf absehbare Zeit niedrig bleiben werden, müssen Banken entweder sehr stark ihre Kosten reduzieren, oder aber andere Einnahmefelder erschließen. Viele Banken erhöhen nun die Gebühren für verschiedene Dienstleistungen, so zum Beispiel für die einzelne Überweisung, für die EC-Karte oder für die Kontoführung allgemein. Etliche Banken geben auch bereits den negativen Einlagenzins der EZB an Großkunden weiter, einige sogar an Privatkunden mit hohen Einlagen, darunter die Skatbank, die Raiffeisenbank Gmund und die GLS. Damit vergrößern sie zum einen direkt wieder ihre Zinsmarge, zum andern senden sie ihren Kunden das Signal, ihr Geld besser längerfristig oder anders anzulegen.



Das Zinstief trifft auch die Banken, denn ihre Marge sinkt.
Das wirft die Frage auf: Was sind uns Bankdienstleistungen zukünftig wert?

Die ökologisch und sozial orientierte GLS Bank geht mit dem im Dezember auf einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossenen »GLS Beitrag« zudem einen ungewöhnlichen Weg, da unabhängig von der Inanspruchnahme der Bank-Dienstleistungen jetzt gilt: »ein Kunde, ein Beitrag«. Allerdings kritisieren einige Genossenschaftsmitglieder, darunter Dirk Schumacher, dieses Modell als ungerecht. Sie würden eine Weitergabe der EZB-Negativzinsen an alle Kunden ab dem

ersten Cent bevorzugen, da dies solidarischer und verursachergerechter wäre.

Über solche neuen Modelle der Bankenfinanzierung diskutieren Falk Zientz (GLS Bank, Dirk Schumacher (BGE-Kreise), Beate Bockting (INWO e.V.) und eine Vertreterin einer Sparkasse oder Volks- und Raiffeisenbank am Dienstag, den 28. März um 19.00 Uhr in der Auslandsgesellschaft NRW, Steinstraße 48 in Dortmund, direkt am Dortmunder Hauptbahnhof. Der Eintritt ist frei. ■



Falk Zientz (GLS Bank)



Dirk Schumacher (BGE-Kreise)



Beate Bockting (INWO e.V.)



Eine Vertreterin einer Sparkasse oder Volks- und Raiffeisenbank (angefragt)

Ein weitsichtiger Genosse

Interview mit Dirk Schumacher, der als Genosse der GLS Bank bei der Generalversammlung im Dezember mit Gleichgesinnten einen Alternativantrag für eine solidarische Bankenfinanzierung eingebracht hat.

1. Die Banken haben in der Vergangenheit das meiste Geld mit Zinseinnahmen verdient. Nun machen sie sich Sorgen wegen sinkender Erträge. Kannst Du nochmal erklären, warum?

Die Zinsen sinken auf breiter Front – sowohl die Guthabenzinsen als auch die Kreditzinsen. Von der Differenz dieser Zinsen, der sogenannten Zinsmarge, haben in der Vergangenheit die Banken gelebt. Nun sinken die Guthabenzinsen aber nicht so schnell wie die Kreditzinsen. Dadurch wird die Marge immer kleiner – und damit die Erträge der Banken, mit denen alles bezahlt wird.

2. Fast alle Banken haben in der letzten Zeit ihre Gebühren erhöht, eben weil ihre Zinsmarge sinkt. Ist das nicht verständlich?

Das ist einer der möglichen Reflexe von Unternehmen, wenn die Erträge zurückgehen. Sie müssen entweder die Ertragslage wieder hochziehen (durch z.B. höhere Gebühren oder neue Einnahmequellen) und/oder die Kosten senken (durch Filialschließungen, Stellenabbau, Servicereduzierung). Betriebswirtschaftlich alles sehr verständlich.

3. Auch die GLS, Deutschlands größte Alternativbank, musste eine Lösung finden. Der GLS-Vorstand hat daher einen sogenannten GLS-Beitrag vorgeschlagen. Was besagte dieser Vorschlag?

Die GLS Bank möchte von jedem Kunden und jedem Genossenschafter 60 Euro pro Jahr zusätzlich zu den bestehenden Gebühren einnehmen. Es gibt Ausnahmen für Minderjährige (die nichts zahlen müssen), für Menschen unter 28 und auf Antrag und nach Prüfung auch für Menschen am Existenzminimum (die sollen nur 12 Euro pro Jahr zahlen). Das soll 2017 bereits rd. 8 – 9 Mio. Euro auf der Einnahmenseite einbringen.

4. Die GLS steht ja für eine transparente und sozial-ökologische Verwendung von Geld und wird von ihren Kunden genau dafür besonders wertgeschätzt. Ist es da nicht gerechtfertigt, dass diese Kernleistung durch einen monatlichen Beitrag der Kunden langfristig abgesichert wird?



Dirk Schumacher

Als Genosse der GLS Bank interessiert sich Dirk Schumacher für die Geschäftspolitik und somit auch für die neue Gebührenordnung der GLS. Gemeinsam mit anderen Genossenschaftsmitgliedern hat er einen Arbeitskreis gegründet, um aktiv wichtige Impulse bei der GLS einzubringen (mehr Infos unter gls.owako.de).

Das kann man so sehen, und so wird es vom Vorstand der GLS Bank ja auch kommuniziert. Wenn wir uns die Situation mal aus einer Art Vogelperspektive ansehen, dann führt die sinkende Zinsmarge zu einer Entlastung der Kreditnehmer. Bislang finanzierten ja in erster Linie die Kreditnehmer ihre Bank. Der Kreditnehmer musste so wirtschaften, dass er den Kredit zurückzahlen kann – plus die auf den Kredit fälligen Zinsen. Zahlenmäßig gibt es aber wesentlich mehr Kunden als Kreditnehmer. Und allein von daher macht es sehr viel Sinn, die Bankenfinanzierung auf eine breitere Basis zu stellen.

Nun stehen Banken an einer Schlüsselstelle in der Gesellschaft: der Geldverwaltung. Und wenn von immer mehr Menschen gefühlt

Dirk Schumacher ist aber auch Initiator und Programmierer der BGE-Kreise. Es handelt sich hierbei um eine Art Tauschringe, erweitert um den Aspekt eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Ziel der BGE-Kreise ist unter anderem, ein Erfahrungsfeld zu schaffen, in dem die Teilnehmer einen natürlichen Zugang zu Wirtschaftskreisläufen erhalten und ganz unmittelbar wichtige Erkenntnisse darüber gewinnen. Auf einem Marktplatz werden Angebote und Gesuche präsentiert. Kommen Geschäfte zustande, wird in Währungseinheiten (WEs) bezahlt. Die WEs sind eine rein elektronische Komplementär- oder auch Regionalwährung, die mit einer Umlaufsicherung versehen werden kann.

Wie es geht: Jeder Teilnehmer erhält ein Startguthaben und bekommt an jedem Monatsanfang ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgezahlt. Zur Finanzierung dieses Grundeinkommens können theoretisch alle Transaktionen sowie die Umlaufsicherung eines BGE-Kreises mit einem »BGE-Beitrag« in Prozent belegt werden. Auch können die Prozentsätze angepasst werden. Damit bietet die Anwendung die Möglichkeit, verschiedene BGE-Modelle abzubilden: Sowohl Modelle, die mit einer »negativen Einkommensteuer« operieren als auch Modelle, die die »reine Konsumsteuer« als Instrument für das BGE nutzen wollen (mehr Infos unter: www.bge-kreise.de).

wird, dass am Geldsystem etwas nicht stimmt, dann kommt den Banken eine besondere Verantwortung zu. Und da sind die 60 Euro GLS-Beitrag eine ziemlich langweilige und systemkonforme Antwort auf die sinkenden Erträge. Schlimmer noch: Dieser pauschale 60-Euro-Beitrag stabilisiert das bestehende System – nämlich eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Wer, wenn nicht die GLS-Bank, könnte da korrigierend tätig werden, könnte Vorreiter für ein solidarischeres Geldverständnis sein?

5. Du hast zusammen mit anderen Genossenschaftern bei der außerordentlichen Generalversammlung der GLS am 10. Dezember 2016 einen Alternativvorschlag eingebracht, den

auch zahlreiche INWO-Mitglieder unterstützt haben. Danach sollte der GLS-Beitrag über eine variable Kontoführungsgebühr finanziert werden. Kannst Du das näher erklären?

Gemeint ist damit ein negativer Guthabenzins auf Giro- und Tagesgeldkonten. Die von der EZB eingeführten Negativzinsen könnten, wenn sie von den Banken an die Kunden weitergegeben würden, die Zinsmarge der Banken wieder anschwellen lassen. Die meisten Banken ziehen da aber nicht mit. Sie geben die Negativzinsen nicht an ihre Kunden weiter, sondern verharren an der Null-Prozent-Linie für Giro- und Tagesgeldkonten. Der negative Guthabenzins würde diejenigen, die »ihr Geld« auf Giro- und Tagesgeldkonten im Moment kostenlos parken, belasten und dazu führen, dass die Bank wieder ertragsstärker wird. Damit könnte der pauschale GLS-Beitrag überflüssig werden. Ich habe nachgerechnet¹: Auf den Giro- und Tagesgeldkonten lagen zum Stichtag 31.12.2015 gut 2,4 Mrd Euro bei der GLS Bank. Mit einem Zinssatz auf Guthaben von - 0,4 % per Anno könnte die GLS Bank die anvisierten 8 bis 9 Mio Euro pro Jahr erwirtschaften. Damit wäre der GLS-Beitrag überflüssig geworden.

6. Und wieso ist das solidarischer als die 5 Euro im Monat?

Rechnerisch ist es so, dass bei den oben genannten Zahlen nur solche Kunden mehr als 60 Euro im Jahr zahlen müssten, die im Tagesdurchschnitt mehr als rd. 13.500 Euro auf den Giro- und Tagesgeldkonten verfügbar haben. Alle anderen Kunden zahlen weniger. D.h. die Last (aus Bank-Sicht der Er-

»Wenn von immer mehr Menschen gefühlt wird, dass am Geldsystem etwas nicht stimmt, dann kommt den Banken eine besondere Verantwortung zu.«

trag) würde solidarisch auf alle Schultern gleichmäßig verteilt – abhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Der pauschale 60-Euro-Beitrag hingegen trifft jeden unabhängig von seiner individuellen finanziellen Leistungsfähigkeit – und belastet so-

mit finanziell Schwächere verhältnismäßig stärker.

7. Welche positiven Auswirkungen erwartet Ihr euch von solchen Negativzinsen?

Der Negativzins auf Guthaben soll die Geldbesitzenden animieren, das Geld wieder dem Wirtschaftskreislauf zuzuführen, anstatt es zu horten. Geld, welches liquide geparkt wird, wird von soliden Banken (dazu zähle ich auch die GLS Bank) nicht als Kredit weitergereicht.

Wenn es an Ideen für eine gute Geldverwendung mangelt, dann sorgt der Negativzins dafür, dass zumindest die Bankfinanzierung sich stabilisiert.

Mir geht es auch darum, dass in der Folge endlich die Frage gestellt werden kann: Wem gehört das Geld? Heute würde der Negativzins die Einkommen der Bankangestellten sichern. Es kann aber auch der Einstieg in die Frage sein, ob die Gesellschaft sich ein Bedingungsloses Grundeinkommen vorstellen kann und ob zu seiner Finanzierung denn nicht Negativzinsen ein geeignetes Mittel wären.

8. Du siehst also auch das Geld als öffentliches Gut?

Ja, Zahlungsmittel müssen jedem zur Verfügung stehen, denn man braucht sie in einer arbeitsteiligen Gesellschaft zum Überleben. Die Zahlungsmittel dürften nicht privat gehortet werden.

9. Dein Vorschlag geht dann also in Richtung einer Umlaufsicherung des Geldes, wie sie die Freiwirtschaft seit langem fordert?

Genau. In Fachkreisen ist die Umlaufsicherung = Negativzins auf Guthaben kein Tabu-Thema. Gesellschaftlich greifen aber noch anerzogene Reflexe mit Vorstellungen wie: Mein (ggf. hart erarbeitetes) Geld gehört mir! Oder: Ich kann Geld für mich arbeiten lassen – was ja durch Zinsen erlebbar wird.

Mit einer Umlaufsicherung wird das Paradigma, Geld hat seinen Wert zu behalten, unmittelbar erschüttert. Dass in der Vergangenheit die Inflation dieses Paradigma ja auch schon konterkariert und sie sogar ganze Währungen zerrüttet hat, wird irgendwie nicht so recht wahrgenommen. Eine Umlaufsicherung stabilisiert dagegen die Währung. In den BGE-Kreisen (www.bge-kreise.de) kann mensch sich an die neue Sicht gewöhnen, ohne dass gleich Euros davon betroffen wären.

10. Auf der GV der GLS wurde dann aber statt Negativzinsen leider doch der pau-

schale Beitrag beschlossen. Konntet Ihr das Publikum nicht überzeugen?

Offensichtlich nicht, denn am Ende stimmten die rund 1.200 anwesenden Mitglieder mit knapp 80 Prozent für den Vorschlag des Vorstands. Von der Choreographie der Versammlung her gab es allerdings auch keine ausgewogene Diskussion. Die vier alternati-

»Der pauschale 60-Euro-Beitrag stabilisiert das bestehende System – nämlich eine weitere Umverteilung von unten nach oben.«

ven Anträge hatten in Summe 20 Minuten Zeit sich darzustellen. Die restlichen 3,5 Stunden dienten ausschließlich der Darstellung des Vorstandsvorschlags. Wobei wir uns den Vorwurf gefallen lassen müssen, nicht schon bereits vor zwei Jahren in die Diskussion eingestiegen zu sein. Der Einstieg im Sommer 2016 war recht spät.

Immerhin konnten wir erstmals in der Geschichte der GLS Bank überhaupt Alternativanträge zur Generalversammlung einreichen. Es braucht mindestens 50 Unterstützerunterschriften – daran sind in der Vergangenheit alle Alternativanträge gescheitert. Auch, weil es bisher keine Plattform gab, auf der sich die Mitglieder vernetzen können.

11. Seht Ihr noch Chancen, dass die GLS ihre Gebührenordnung noch einmal überdenkt und doch Negativzinsen auf den Girokonten einführt?

Die jüngste Gebührenveränderung hat es im Dezember 2016 gegeben. Ich befürchte, der Zug für ein Kontomodell mit den Negativzinsen ist vorläufig abgefahren. Aber wir bleiben am Ball. Einen neuen Antrag in dieser Richtung werden wir auf jeden Fall stellen. Darüber hinaus wollen wir weitere Anträge vorbereiten, etwa zum Verzicht auf Dividende, zur Zeichnung von Anteilen bereits ab 100 Euro (oder sogar kleiner), zu Art und Umgang mit den Abstimmungen auf den GVs und dem Umgang mit Stimmenthaltungen. Über 40.000 Mitglieder hat die GLS Bank; 1.200 davon konnten vor Ort sein und haben weitere 400 Stimmrechtsübertragungen dabei gehabt. Es sollten Strukturen aufgebaut werden, die es mehr Mitgliedern erlauben, auch aus der Ferne mit abstimmen zu können. ■

¹ Der Antrag in seiner kompletten Länge und mit detaillierteren Zahlen findet sich hier: <http://gls.owako.de/Antrag1.pdf>

Dirk Schumacher diskutiert am Dienstag, den 28. März mit Falk Zientz (GLS Bank) und Beate Bockting (INWO e.V.) über eine solidarische Bankenfinanzierung (siehe S. 3).

Die Zinstheorie der Geldreform

Zinsen sind mit vielen Irrtümern und Vorurteilen behaftet. Um das Verständnis zu erleichtern und die Richtigkeit seiner Zinstheorie zu beweisen, verfasste Silvio Gesell bereits 1906 folgende Robinsonade.¹



Robinson und der Fremdling verhandeln über die Kreditkonditionen und erkennen die Überlegenheit des Geldes über die Waren.

Vorbemerkung

Der Kürze halber lasse ich den hier beschriebenen Darlehnsvertrag ohne den regelnden Einfluß des Wettbewerbs sich vollziehen. Ließe ich den Wettbewerb in die Darlehnsverhandlungen eingreifen, etwa so, daß auf einen Darlehnsnehmer (Fremdling) mehrere Darlehnsgeber (mehrere Robinsons) kämen, so würde der Vertrag noch viel günstiger für den Darlehnsnehmer ausfallen können, als es hier geschieht.

Eine zweite Voraussetzung ist, daß die beiden Vertragsschließenden die Freiland-Grundsätze anerkennen, weil deren Nichtanerkennung unter den obwaltenden Verhältnissen zu Kampf und Raub, nicht zum Verträge führen würde.

Robinson baute einen Kanal und mußte sich also auf 3 Jahre, der Dauer der ganzen Arbeit, mit Vorräten versehen. Er schlachtete Schweine, bedeckte das Fleisch mit Salz, füllte ein Loch in der Erde mit Getreide und deckte es sorgfältig zu. Er gerbte Hirschfelle und verarbeitete sie zu Kleidern, die er in einer Kiste verschloß, nachdem er als Mottenscheuche noch eine Stinktiedrüse hineingelegt hatte. Kurz, er sorgte nach seiner Ansicht gut für die nächsten drei Jahre.

Wie er nun eine letzte Berechnung darüber anstellte, ob sein »Kapital« für das geplante Unternehmen auch ausreichen würde, sah er einen Menschen auf sich zuschreiten.

Hallo, rief der Fremdling, mein Kahn ist hier zerschellt, und so landete ich auf dieser Insel. Kannst du mir mit Vorräten aushelfen, bis ich einen Acker urbar gemacht und die erste Ernte eingeheimst habe?

Wie schnell flogen bei diesen Worten die Gedanken Robinsons von seinen Vorräten zum

Zins und zur Herrlichkeit des Rentnerlebens! Er beeilte sich, die Frage zu bejahen.

Vortrefflich! antwortete der Fremdling, aber ich will dir sagen, Zins zahle ich nicht; sonst ernähre ich mich lieber von Jagd und Fischfang. Mein Glaube verbietet mir sowohl Zins zu nehmen, wie auch Zins zu geben.

R.: Da hast du eine prächtige Religion. Aus welchem Grunde aber glaubst du denn, daß ich dir Vorräte aus meinen Beständen herleihen werde, wenn du mir keinen Zins gibst?

Fr.: Aus Eigennutz, Robinson; auf Grund deines wohlverstandenen Vorteiles, weil du dabei gewinnst, und sogar ziemlich viel.

R.: Das, Fremdling, mußt du mir erst vorrechnen. Ich gestehe, daß ich nicht einsehe, welchen Vorteil ich davon haben kann, dir meine Vorräte zinsfrei zu leihen.

Fr.: Nun, ich will dir alles vorrechnen, und wenn du es mir nachrechnen kannst, so wirst du mir das Darlehn zinsfrei geben und dich noch bei mir bedanken. Ich brauche zunächst

¹ Hier in der Fassung aus Silvio Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung, hrsg. von Karl Walker, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg, 9. Auflage 1949, Beginn des 5. Teils.

Kleider, denn du siehst, ich bin nackt. Hast du einen Vorrat an Kleidern?

R.: Die Kiste ist bis oben voll.

Fr.: Aber Robinson, wirklich, ich hätte dich für gescheiter gehalten! Wer wird denn Kleider für drei Jahre in Kisten vernageln, Hirschleder, den Lieblingsfraß der Motten! Außerdem müssen diese Kleider immer gelüftet und mit Fett eingerieben werden, sonst werden sie hart und brüchig.

R.: Du hast recht, aber wie sollte ich es anders machen? Im Kleiderschrank sind sie nicht besser geborgen; im Gegenteil, hier kommen Ratten und Mäuse noch zu den Motten hinzu.

Fr.: Oh! Auch in die Kiste würden die Ratten gedrungen sein – sieh, da haben sie schon genagt!

R.: Wahrhaftig! Man weiß sich auch wirklich nicht davor zu retten!

Fr.: Du weißt dich nicht vor Mäusen zu schützen, und du sagst, du hättest rechnen gelernt? Ich will dir sagen, wie Leute in deiner Lage sich bei uns gegen Mäuse, Ratten, Motten, Diebe, gegen Brüchigwerden, Staub und Schimmel schützen. Leihe mir diese Kleider, und ich verpflichte mich, dir neue Kleider zu machen, sobald du welche brauchst. So bekommst du ebensoviele Kleider zurück, wie du mir geliefert hast, und zwar werden diese Kleider, weil neu, bedeutend besser sein als diejenigen, die du später aus dieser Kiste ziehen würdest. Obendrein werden sie nicht mit Stinktiefen verpestet sein. Willst du das tun?

R.: Ja, Fremdling, ich will dir die Kiste mit den Kleidern abtreten, denn ich sehe ein, daß es für mich vorteilhaft ist, dir auch ohne Zins die Kleider zu überlassen.

Fr.: Nun zeige mir mal deinen Weizen. Ich brauche solchen sowohl zur Saat wie für Brot.

R.: Dort am Hügel habe ich ihn vergraben.

Fr.: Du hast den Weizen für drei Jahre in einem Erdloch vergraben? Und der Schimmel, die Käfer?

R.: Das weiß ich, aber was sollte ich machen? Ich habe die Sache nach allen Seiten überlegt und nichts Besseres für die Aufbewahrung gefunden.

Fr.: Nun bück' dich mal! Siehst du die Käferchen an der Oberfläche herumspringen? Siehst du das Gemüll? Und hier diese Schim-

melbildung? Es ist die höchste Zeit, daß der Weizen herausgehoben und gelüftet werde.

R.: Es ist zum Verzweifeln mit diesem Kapital! Wenn ich doch nur wüßte wie ich mich verteidigen soll gegen diese tausendfältigen Zerstörungskräfte der Natur.

Fr.: Ich will dir sagen, Robinson, wie wir das bei uns zu Hause machen. Wir bauen einen luftigen, trockenen Schuppen und schütten auf den gut gedielten Boden den Weizen aus. Und regelmäßig alle drei Wochen wird der Weizen sorgfältig gelüftet, indem wir mit Schaufeln das Ganze umwerfen. Dann halten wir eine Anzahl Katzen, stellen Fallen auf, um die Mäuse zu fangen, versichern das Ganze gegen Feuer und erreichen so, daß der jährliche Verlust an Güte und Gewicht nicht mehr als 10 % beträgt.

R.: Aber bedenke doch, diese Arbeit, diese Kosten!

Fr.: Du scheust die Arbeit und willst keine Kosten? Ich will dir sagen, wie du es dann anfangen mußt. Leihe mir deinen Vorrat, und ich werde dir das Gelieferte aus meinen Ernten in frischem Getreide zurückzahlen, und zwar Pfund für Pfund, Sack für Sack. So sparst du die Arbeit, einen Schuppen zu bauen, brauchst das Getreide nicht umzuschaukeln und keine Katzen zu füttern, verlierst nichts

Fr.: Ich kann aber nur einen Teil gebrauchen, ich will nicht alles haben.

R.: Wenn ich dir nun den ganzen Vorrat anbiete, mit der Maßgabe, daß du mir für je 10 Sack nur 9 zurückzugeben brauchst?

Fr.: Ich danke, denn das hieße ja mit Zins arbeiten – zwar nicht mit aufschlagendem (positivem), sondern mit kürzendem (negativem) Zins –, und statt des Gebers wäre der Nehmer Kapitalist. Aber mein Glaube verbietet den Wucher, er verbietet auch den umgekehrten Zins. Ich mache dir aber den Vorschlag, deinen Weizenvorrat unter meine Aufsicht zu nehmen, den Schuppen zu bauen und alles Nötige zu besorgen. Dafür wirst du mir für je 10 Sack jährlich zwei Sack als Lohn bezahlen. Bist du damit einverstanden?

R.: Mir ist es gleich, ob deine Leistung unter dem Titel Wucher oder aber als Arbeit gebucht wird. Ich gebe dir also 10 Sack, und du lieferst mir 8 Sack zurück. Einverstanden!

Fr.: Ich brauche aber noch andere Sachen: einen Pflug, einen Wagen und Handwerkszeug. Willst du mir das alles auch zinsfrei überlassen? Ich verspreche, dir alles in gleicher Güte zurückzuerstatten: für einen neuen Spaten einen neuen Spaten, für eine neue Kette eine neue, rostfreie Kette!

R.: Gewiß bin ich dazu bereit. Denn jetzt ha-



Nicht nur auf Robinsons Insel sollte die Macht des Geldes gebrochen werden.

am Gewicht und hast statt alten Kornes immer saftiges, frisches Brot. Willst du?

R.: Mit tausend Freuden nehme ich den Vorschlag an.

Fr.: Also du lieferst mir das Korn zinsfrei?

R.: Versteht sich, zinsfrei und mit Dank meinerseits.

be ich von all diesen Vorräten nur Arbeit. Neu-lich war der Bach übergetreten und hatte den Schuppen überschwemmt, alles mit Schlamm bedeckend. Dann riß der Sturm das Dach fort, so daß alles verregnete. Nun haben wir trockenes Wetter, und der Wind treibt Sand und Staub in den Schuppen. Rost, Fäulnis, Bruch, Trockenheit, Licht und Dunkelheit, Holzwürmer, Termiten, alles ist un- ausgesetzt an der Arbeit. Noch ein Glück, daß

wir keine Diebe und Brandstifter haben. Wie freue ich mich, jetzt durch Verleihen die Sachen so schön und ohne Arbeit, Kosten und Verlust für später verfügbar zu behalten.

Fr.: Also du erkennst es jetzt als einen Vorteil, mir die Vorräte zinsfrei zu überlassen?

R.: Unumwunden erkenne ich es an. Aber warum, so frage ich mich jetzt, bringen drüben in der Heimat solche Vorräte dem Besitzer Zins ein?

Fr.: Die Erklärung mußt du im Gelde suchen, das drüben solche Geschäfte vermittelt.

R.: Was? Im Gelde soll die Ursache des Zinses liegen? Das kann doch nicht sein; – denn

Fr.: Das merkt man. Du berufst dich noch auf die Wertlehre. Ach, lieber Robinson, diese Sache ist erledigt. Die Wertlehre ist ausgestorben. Es ist überhaupt niemand mehr da, der sie vertritt.

R.: Was, du sagst, die Marxsche Lehre vom Zins wäre ausgestorben? Das ist nicht wahr! Wenn auch sonst niemand mehr da wäre, – ich vertrete sie!

Fr.: Gut, so vertritt sie, doch nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat. Vertritt sie, wenn du willst, mir gegenüber. Ich trete von dem soeben geschlossenen Handel zurück. Du hast hier in deinen Vorräten das, was nach Wesen und Bestimmung als die reinste Form dessen zu betrachten ist, was man gemein-

treten. Den Verlust, der mit dem Besitz der Waren verknüpft ist, – sieh, da schleppt der Hund einen von deinen, will sagen, von meinen Hirschfellen fort! – den trägt nur derjenige, der die Waren aufzubewahren hat, nicht der Geldgeber; diesen berühren all diese Sorgen und die herrlichen Beweise nicht, mit denen ich dich so mürbe gemacht habe. Du hast die Kiste mit den Fellkleidern nicht zugeschlagen, als ich dir jede Zinszahlung verweigerte. Die Natur des Kapitals machte dich zu weiteren Verhandlungen geneigt. Der Geldkapitalist aber schlägt mir die Tür des Geldschrankes vor der Nase zu, wenn ich ihm sage, ich würde keinen Zins zahlen. Dabei brauche ich das Geld an sich ja nicht, sondern die Fellkleider, die ich mit dem Geld kaufen würde. Die Fellkleider gibst du mir zinsfrei; das Geld dazu muß ich verzinsen!

R.: So wäre die Ursache des Zinses doch im Gelde zu suchen, und Marx wäre im Unrecht? Auch da, wo er sagt: »Im eigentlichen Handelskapital erscheint die Form >G.W.G.< (Geld – Ware – Mehrgeld) = kaufen, um teurer zu verkaufen, am reinsten. Andererseits geht seine ganze Bewegung innerhalb der Zirkulationssphäre vor sich. Da es aber unmöglich ist, aus der Zirkulation selbst die Verwandlung von Geld in Kapital zu erklären, erscheint das Handelskapital unmöglich, sobald Äquivalente ausgetauscht werden, daher nur ableitbar aus der doppelten Übervorteilung der kaufenden und verkaufenden Warenproduzenten durch den sich parasitisch zwischen sie schiebenden Kaufmann. Soll die Verwertung des Handelskapitals nicht aus bloßer Prellerei der Warenproduzenten erklärt werden, so gehört dazu eine lange Reihe von Mittelgliedern.« (Marx, Kapital, 6. Aufl., Bd. I, S. 127.)

Fr.: Hier sowohl wie da ist er vollkommen im Irrtum. Und da er sich im Gelde irrte, diesem Zentralnerv der ganzen Volkswirtschaft, so muß er überall im Irrtum sein. Er beging – wie alle seine Jünger es taten – den Fehler, das Geldwesen aus dem Kreis seiner Betrachtungen auszuschalten.

R.: Das haben mir unsere Verhandlungen über das Darlehn bewiesen. Das Geld ist für Marx ja auch nur Tauschmittel, aber es tut, wie es scheint, mehr als nur »die Preise der Waren bezahlen, die es kauft«. Daß der Bankmann dem Darlehnsnehmer den Geldschrank vor der Nase zuschlägt, wenn dieser keinen Zins zahlen will, und nichts von den Sorgen kennt, die die Besitzer der Waren (Kapital) drücken, das verdankt er nur der Übermacht, die das Geld an und für sich über die Ware hat, – und da liegt der wunde Punkt!

Fr.: Wieviel Beweiskraft doch die Ratten, Motten und der Rost haben!



Sind die Vorräte sicher vor dem Verfall?

höre, was Marx vom Geld und Zins sagt: »Die Arbeitskraft ist die Quelle des Zinses (Mehrwert). Der Zins, der das Geld in Kapital verwandelt, kann nicht vom Geld herrühren. Wenn es wahr ist, daß das Geld Tauschmittel ist, so tut es nichts anderes, als die Preise der Waren bezahlen, die es kauft. Wenn es solchermaßen unveränderlich bleibt, so nimmt es nicht an Wert zu. Daher muß der Mehrwert (Zins), von den gekauften Waren herrühren, die teurer verkauft werden. Diese Veränderung kann weder beim Kauf noch beim Verkauf stattfinden; in diesen beiden Handlungen werden Äquivalente ausgetauscht. Es bleibt darum nur eine Annahme frei, daß die Änderung durch den Gebrauch der Ware nach dem Kauf und vor dem Wiederverkauf vor sich gehe.« (Marx: Das Kapital, Kap. VI.)

Fr.: Wie lange bist du schon auf dieser Insel?

R.: Seit dreißig Jahren.

hin »Kapital« nennt. Ich fordere dich auf, als Kapitalist mir gegenüber aufzutreten. Ich brauche deine Sachen. Kein Arbeiter ist jemals einem Unternehmer so nackt gegenübergetreten, wie ich jetzt vor dir stehe. Niemals ist das wahre Verhältnis vom Kapitalbesitzer zum Kapitalbedürftigen so rein zutage getreten, wie in unserem gegenseitigen Verhältnis. Nun versuche, ob du von mir Zins erlangen kannst! Wollen wir also den Handel wieder von vorne anfangen?

R.: Ich verzichte. Die Ratten, Motten und der Rost haben meine kapitalistische Kraft gebrochen. – Aber sage, wie erklärst du die Sache?

Fr.: Die Erklärung ist einfach. Bestände hier auf der Insel Geldwirtschaft, und ich als Schiffbrüchiger bedürfte eines Darlehns, so mußte ich mich nach Lage der Dinge an einen Geldgeber wenden, um die Dinge, die du mir soeben zinsfrei geliehen hast, zu kaufen. Diesem Geldgeber aber, den Ratten, Motten, Rost, Feuer und Dachschäden nicht bedrücken, kann ich nicht wie dir gegenüber-

Neue Studien zur Armut

Wie drängend die Frage einer gerechten Geld- und Bodenordnung ist, zeigen uns die Zahlen zur Armutsentwicklung. Die EU setzt zu deren Bekämpfung auf »intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum« – und lenkt dabei von der Verteilungsproblematik ab.

Üblicherweise gilt jemand als armutsgefährdet, wenn er weniger als 60 Prozent des mittleren nationalen Einkommens zur Verfügung hat. Nach dieser Definition sind das 17 Prozent der Europäer. In Deutschland betrifft dies vor allem ländliche Gebiete im Osten, europaweit insbesondere die baltischen Länder, Griechenland, Spanien, Rumänien und Bulgarien.

120 Millionen Arme in Europa

Nach einer breiteren Definition ist laut EU-Kommission sogar fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung der EU betroffen: »Personen, Familien und Gruppen sind arm, wenn sie über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in ihrer Gesellschaft als Minimum annehmbar ist.« Dies ist schwer zu messen. Es gelten jedoch mehr als 120 Millionen Menschen in der EU als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Die Finanz- und Staatsschuldenkrise hat die Armut verschärft. Die Staats- und Regierungschefs haben sich daher verpflichtet, bis 2020 mindestens 20 Millionen Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung zu holen. Dieses Ziel ist in der 2010 verab-

schiedeten »Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum« festgelegt. – Man fragt sich: Was wird aus den anderen 100 Millionen?

Neue Armutsstudien

Anfang März erschien eine neue Studie des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) zur Armut in Europa. Zeitgleich legte der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen neuen Armutsbericht für Deutschland vor.

Armut ausschließlich über ein relativ geringes Einkommen zu definieren, greife zu kurz, schreibt Autor Christoph Schröder in der Einleitung der IW-Studie. Diese gibt zum einen Auskunft über die »konsistente Armut« von Personen, die sowohl einkommensarm als auch materiell depriviert (siehe Kasten) sind. Am geringsten ist die konsistente Armut in Schweden, der Schweiz und Norwegen (unter 1%), am größten in Griechenland, Rumänien und Bulgarien (über 12%).

Das IW entwickelte zudem einen multidimensionalen Armutsindex. Zusätzlich zu Einkommensarmut und materieller Entbehrung wird hierbei versucht, die Faktoren Unterbeschäftigung, niedriges Bildungsniveau, starke Beeinträchtigung im Wohnumfeld sowie gesundheitliche Einschränkungen miteinzubeziehen. Dabei schneiden erneut Norwegen, Schweden und die Schweiz am besten, und Bulgarien, Rumänien und Griechenland am schlechtesten ab. Während Griechenland sich seit 2008 um über 40 Prozent verschlechtert hat, verbesserte Deutschland sich um knapp 8 Prozent.

Die umfangreicheren Ansätze der Armutsdefinition zeigten, dass Arbeit und Bildung die wichtigsten Instrumente im Kampf gegen Armut seien. »Hier muss die Politik ansetzen«, meint Christoph Schröder.

Kaufkraftarmut

Das IW hat darüber hinaus noch andere interessante Berechnungen angestellt und eine Karte zur Kaufkraftarmut in Deutschland online gestellt. Dabei wurde der Anteil der Personen mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des *regional preisbereinigten* deutschen Medianeinkommens errechnet. Auf die Frage, warum es Sinn mache, das Preisniveau einzubeziehen, sagte Klaus-Heiner Röhl im WDR 5 Morgenecho am 2. März: »Das

ergibt sich einfach daraus, dass man sich für das gleiche Einkommen nicht überall gleich viel leisten kann. Denken Sie beispielsweise an München mit den extrem hohen Preisen, das sind nicht nur die Wohnungspreise, die sind natürlich auch wichtig«, gibt Röhl einen Wink, wo ganz besonders der Hase im Pfeffer liegt, nämlich bei den steigenden Bodenwerten in Zeiten niedriger Zinsen.

Von Kaufkraftarmut sind hiernach besonders Großstädte in Westdeutschland, und weniger ländliche Gegenden im Osten betroffen, z.B. Bremen, Köln, der Raum Aachen, Dortmund und Leipzig. Röhl führt die höheren Armutsquoten aber nicht nur auf die höheren Preise zurück, sondern auch auf die hohe Einkommensspreizung.

Armut in Deutschland auf neuem Höchststand

Laut dem Armutsbericht 2017 des Paritätischen ist der Anstieg der Armut in Deutschland auf einem neuen Höchststand. Die mitwirkenden Verbände beklagen die skandalöse Zunahme der Armut bei allen Risikogruppen und fordern eine armutspolitische Offensive. Nach Aussagen des Verbandes markiert der neue Höchstwert von 15,7 Prozent einen mehrjährigen Trend wachsender Armut, wobei zwar die Armutsquote in den ostdeutschen Bundesländern rückläufig sei, dafür aber in allen westdeutschen Ländern mit Ausnahme Hamburgs und Bayerns merkbar ansteige.

Bei allen bekannten Risikogruppen habe die Armut im Vergleich zum Vorjahr noch einmal zugenommen: Bei Erwerbslosen auf 59 Prozent, bei Alleinerziehenden auf 44 Prozent, bei kinderreichen Familien auf 25 Prozent, bei Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau auf 32 Prozent und bei Ausländern auf 34 Prozent. Alarmierend sei im Zehn-Jahres-Vergleich insbesondere die Armutsentwicklung bei Rentnern. Ihre Armutsquote stieg zwischen 2005 und 2015 von 10,7 auf 15,9 Prozent.

Der Verband fordert die Politik zu einem entschlossenen Handeln in der Arbeitsmarktpolitik, beim Wohnungsbau, in der Bildung und dem Ausbau sozialer Dienstleistungen und Angebote in den Kommunen auf. Voraussetzung für eine offensive Armutsbekämpfung sei ein rigoroser Kurswechsel in der Steuer- und Finanzpolitik. ■

Beate Bocking

Deprivation

Von erheblicher materieller Deprivation spricht die EU, wenn mindestens vier der folgenden Kriterien erfüllt sind:

1. Mieten oder Rechnungen für Versorgungsleistungen können nicht rechtzeitig bezahlt werden.
2. Die Wohnung kann nicht angemessen beheizt werden.
3. Unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe können nicht aus eigenen finanziellen Mitteln bestritten werden.
4. Es ist nicht möglich, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige Mahlzeit zu essen.
5. Es ist nicht möglich, jährlich eine Woche Urlaub außerhalb der eigenen Wohnung zu verbringen.
6. Es ist kein Auto vorhanden.
7. Es existiert kein Farbfernseher.
8. Der Haushalt hat keine Waschmaschine.
9. Es gibt kein Telefon im Haushalt.

Die Deprivationsquote in Griechenland hat sich zwischen 2008 und 2015 verdoppelt, hier gilt jeder Fünfte als depriviert.

Ein mutiger Banker

Interview mit Josef Paul, der im letzten Jahr als Vorstand der Raiffeisenbank Gmund am Tegernsee Negativzinsen auch für Privatkunden einführte.

1

Herr Paul, seit September 2016 verlangt die Raiba Gmund als eine der ersten deutschen Banken Negativzinsen von Privatkunden. Was waren die Gründe hierfür?

Wir legen über Nacht unser Geld bei unserer genossenschaftlichen Zentralbank, der DZ Bank an. Sie hatte lange Zeit die negativen Verwahrzinsen an uns nicht weitergegeben. Dies änderte sich im August 2016. Seit der Zeit geben wir die uns dadurch entstehenden Kosten teilweise an unsere Kunden weiter, ab einem höheren Guthaben als 100.000 Euro auf Giro- oder Tagesgeldkonten und unterscheiden nicht zwischen Firmen- und Privatkunden.

2. Sie erheben die Gebühr nur auf Giro- und Tagesgeldkonten, nicht aber auf Sparguthaben. Warum?

Meines Wissens sind Sparguthaben von der Berechnung von Negativzinsen gesetzlich ausgeschlossen.

3. Hatten Sie nicht Sorge, dass Sie Kunden verlieren? Wie waren deren Reaktionen? Haben die Kunden tatsächlich ihr Anlageverhalten geändert?

Wir haben bereits im Vorfeld mit unseren Kunden gesprochen, die entsprechende Guthaben auf ihren Girokonten bzw. Tagesgeldkonten hatten und sie auf das Verwahrtgelt vorbereitet. Gleichzeitig haben wir Alternativen aufgezeigt, wie diese Kosten sowohl für unsere Kunden als auch in der Folge für uns vermeidbar sind. Unsere Kunden haben das verstanden und einvernehmlich danach gehandelt. Teilweise wurden auch Guthaben zu anderen Banken übertragen.

4. Kann ein verändertes Anlageverhalten der Einleger die Kreditvergabe der Banken positiv beeinflussen und so zu einer weiteren Senkung der Kreditzinsen für kleinere und mittlere Unternehmen beitragen?

Sehr wohl kann eine Bank mit Spareinlagen und langfristigen Kundeneinlagen eine entsprechende längerfristige Kreditvergabe refinanzieren als das bei Sichteinlagen möglich ist. Somit hat das auch Auswirkungen auf die Höhe der Kreditzinsen.

Josef Paul, 60 Jahre, Vorstandsmitglied der Raiffeisenbank Gmund am Tegernsee eG seit 1989



5. Lief denn technisch alles glatt? Man hörte, dass es im Rechenzentrum der Volks- und Raiffeisenbanken bei der Fiducia & GAD IT AG technische Probleme bei der Umsetzung von Negativzinsen gab. Sind die inzwischen gelöst?

»Wenn man keine Anreize schafft, etwas zu verändern, verändert sich auch nichts.«

Die teilweise Weitergabe von Negativzinsen erfolgt in unserem Hause in Form eines Verwahrtgeldes, das im Rahmen der Kontoführung erhoben wird und sich an dem durchschnittlichen Guthaben auf dem jeweiligen Konto orientiert, d.h. wir arbeiten hier

mit Schwellenwerten und erst wenn das durchschnittliche Guthaben im Laufe eines Monats mehr als 150.000 Euro betragen hat, so wurden hierfür 0,4 % Verwahrtgelt in Rechnung gestellt - war also technisch problemlos möglich.

6. Wie haben Ihre Kollegen im Genossenschaftsverband reagiert? Waren die im Vorfeld informiert?

Nachdem das Thema in den Medien so großes Interesse gefunden hat – was auch uns überrascht hat – hat uns unser Verband seine Unterstützung zugesagt. Eine Vorinformation war aus unserer Sicht nicht erforderlich, weil wir darin kein außergewöhnliches Ereignis sahen, nachdem Negativzinsen ja nicht aus unserem Geschäftsmodell entstanden sind, sondern lediglich eine Weitergabe nach dem Verursacherprinzip darstellen.

7. Die meisten Banken erhöhen ja einfach ihre Gebühren, zum Beispiel für die Kontoführung, was weniger finanzkräfti-

ge Kunden in der Regel unverhältnismäßig stärker belastet. Sehen Sie dies auch kritisch?

Statt allgemeiner Gebührenerhöhung ist es für jeden Kunden nachvollziehbar, woher der Negativzins kommt. Die Europäische Zentralbank hat ihn eingeführt für täglich fällige Gelder – und diese Kosten geben wir nach dem Verursacherprinzip an unsere Kunden weiter, die entsprechend hohe Guthaben auf ihren Girokonten und Tagesgeldkonten unterhalten. Damit sind diese Kosten nachvollziehbar und transparent und entfallen in dem Augenblick, in dem auch uns keine Negativzinsen mehr berechnet werden.

8. Wie schätzen Sie die Entwicklung in 2017 ein? Werden weitere Banken Ihrem positiven Beispiel folgen und ebenfalls die Negativzinsen an Privatkunden weiterreichen?

Ich denke, man kommt langfristig nicht umhin, zumindest teilweise Negativzinsen an Privatkunden weiterzugeben, sofern die Niedrigzinsphase weiter anhält.

9. Mit der von Ihnen gewählten Bezeichnung »Verwahr-Entgelt« kommen Sie der freiwirtschaftlichen Begründung für die Notwendigkeit von Negativzinsen, nämlich der Bekämpfung von Geldhortung, recht nahe. Sind Ihnen die Theorien des Geldreformers Silvio Gesell bekannt?

Ich habe davon gehört, aber im Detail mich nicht mit dem Thema beschäftigt.

»Wir geben die Negativzinsen nach dem Verursacherprinzip an unsere Kunden weiter.«

10. Aus unserer Sicht würde es Sinn machen, die Negativzinsen auf den Girokonten ab dem ersten Cent zu erheben, wie

Die EZB gibt vor: Zur Zeit beträgt der Zins, den Geschäftsbanken für ihre Einlagen bei der Zentralbank zahlen müssen, -0,4 %.



es die Alternative Bank Schweiz seit Anfang 2016 vormacht. Für Menschen mit einer normalen Liquiditätshaltung wäre nur ein minimaler Betrag fällig, dafür würden aber alle von den positiven Auswirkungen eines umlaufgesicherten Geldes profitieren. Könnten Sie dem etwas abgewinnen?

Das ist ein denkbarer Ansatz, aus meiner Sicht jedoch nur eine Teilbetrachtung. Nachdem der Kunde für die Kontoführung bereits einen bestimmten Preis bezahlt, sollte darin zumindest eine kleine Liquiditätshaltung enthalten sein, was ja zu einem normalen Haushaltsgebaren eines Verbrauchers dazugehört.

11. Monetärökonomien diskutieren derzeit über die Abschaffung des Bargelds, weil ein Run auf Bargeld in der nächsten Rezession die dann notwendige effektive Negativzinspolitik vereiteln würde. Wie stehen Sie dazu?

Ich vermute, dass bereits jetzt die Hortung von Bargeld zugenommen hat. Ich glaube nicht, dass die Abschaffung des Bargelds derzeit politisch durchsetzbar ist.

Dominic Konstam: Missverständene Negativzinsen

Letztlich entsteht die Verwirrung aufgrund unterschiedlicher Perspektiven auf die Geldtheorie. Aus klassischer Sicht ergibt die Geldmenge multipliziert mit einer konstanten Umlaufgeschwindigkeit das nominale Wirtschaftsprodukt bzw. -wachstum. Aus Keynesianischer Sicht ist der Geldumlauf nicht notwendigerweise konstant (...) Aus Gesells Perspektive ergibt sich für die Geldmenge selbst eine inverse Korrelation zur Umlaufgeschwindigkeit, dies aufgrund der Eigenschaften des Geldes, die es den Waren oder Gütern überlegen macht. Es gibt Lagerhaltungskosten, die das Geld nicht hat, und so setzt der Zins auf Geldkapital eine Hürde für den Zins auf das Realkapital, mit dem die Güter produziert werden. Das ähnelt Keynes' Konzept der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, die sich vom Zins unterscheidet.

Für Gesell entspricht das Produkt von Geldmenge und Geldumlauf der effektiven Nachfrage (nominales Wachstum), doch wegen der Überlegenheit des Geldkapitals über das Realkapital, geht eine Geldmengenausweitung zu Lasten der Umlaufgeschwindigkeit. Das zusätzliche Geld wird gehortet, da wenn die Zinsen fallen, auch die erwarteten Kapitalerträge wegen des Überangebots fallen – weil die Waren der Wirtschaftsakteure für das Geld unattraktiv bleiben. Die Geldnachfrage steigt daher, während die Umlaufgeschwindigkeit abnimmt. Dies ist ganz einfach eine Deflationsspirale (...) Für eine Wirtschaft, die unter Nachfragemangel leidet, bringt es nichts, die Zinsen zu senken, weil dadurch einfach nur die Erträge des Realkapitals durch Überproduktion gesenkt werden. (...)

Natürlich ist es keine Lösung, die Zinsen anzuheben. (...) in einem Umfeld steigender Zinsen ist die Nachfrage zu gering, bei gleichzeitig sinkender Geldmenge, unabhängig von Veränderungen der Umlaufgeschwindigkeit. Die Verzinsung des Realkapitals könnte zunehmen, womöglich sogar die stabilen Warenpreise endlich anziehen, aber zu Lasten hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Not. (...) Aus Keynesianischer Perspektive wäre es bei unzureichender Nachfrage die Aufgabe der Fiskalpolitik, die Nachfrage wiederherzustellen. (...) Aus Gesells Sicht muss nun das Geld an sich besteuert werden, um Geldhortung zu vermeiden und den Geldwert dem der Waren anzupassen. Wenn Bargeld besteuert wird (und er schlug laut Keynes eine jährliche Gebühr von 5,2 Prozent vor), dann stabilisiert sich die Umlaufgeschwindigkeit, die Nachfrage nach Geld geht zurück, während sich die Nachfrage nach Gütern erholt. ■

Quelle: www.zerohedge.com/news/2016-03-12/deutsche-bank-negative-rates-confirm-failure-globalization (Konstam zitiert von »Tyler Durden«)

Ökologie und Beschäftigung gehen vor Wachstumszwang

Alwine Schreiber-Martens berichtet über den Workshop »Wachstumszwang? Wirtschaftliche Sachzwänge zwischen Rhetorik und Realität« der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) am Wochenende 4.-5. Februar 2017 an der Universität Witten/Herdecke.

Etwa 35 Teilnehmende waren gekommen, die meisten von ihnen studierte Ökonomen, aber auch naturwissenschaftlich oder philosophisch Ausgebildete. Bereits bei der Anmeldung sollte sich jeder kurz dazu äußern, wie »sozialer Zwang« oder »wirtschaftlicher Zwang« bzw. »Wachstumszwang« definiert und welche Mechanismen Kandidaten für einen Wachstumszwang sein könnten.

Den Auftakt am Samstag bildete dann eine gedrängte Darstellung dieser Meinungen. Natürlich wurde das Geldsystem als möglicher Treiber genannt, als »Bremsen« aber auch die Neutralisierung durch vollständigen Konsum der Zinseinkommen. Bei einer mit dem Einkommen wachsenden Sparneigung ist dies aber weltfremd.

Impulse für die Wachstums-Diskussion

Im darauf folgenden Vortrag regte Birger Pridat (Ökonom und Philosoph, Uni Witten/Herdecke) an, beim Wachstumsthema auch über die unterschiedlichen Zeitbegriffe – zirkulär, linear, atomistisch – nachzudenken. Der lineare Zeitbegriff ist am ehesten verbunden mit »Entwicklung«, »Fortschritt«, auch mit fortwährendem Wachstum. Aber »Zeit« als Phänomen des Denkens kann auch ganz anders gedacht werden, etwa auch als »richtiger Zeitpunkt«.

Nach einer »Pizzapause« geht es weiter: Matthias Kettner (Philosoph und Psychologe, ebenfalls Uni Witten/Herdecke) betont in seinem Vortrag den Unterschied zwischen »Sachzwang« und »Sachzwangbehauptung«. Er unterscheidet zwischen (über-)lebensnotwendigen Zwängen und solchen, die aus bestimmten anderen Gründen oder Zielen heraus als unbedingt zwingend erscheinen. Daraus ergibt sich die Frage nach der Veränderbarkeit von Zielen. Die »Sachzwangbehauptung« erhält eine diskursive Macht, sie hat Einfluss auf »Richtigkeitsüberzeugungen« und dadurch kann sie Gründe verändern.

Nachfolgend stellt Christoph Deutschmann (Soziologe, Hochschullehrer i.R. in Tübingen)

vor, was eine Theorie bezogen auf die Wachstumsproblematik aus soziologischer Sicht leisten muss. Dabei unterstreicht er die dynamische Wechselwirkung zwischen individuellen Handlungsabsichten und den bereits vorliegenden sozialen »Gesetzmäßigkeiten« gerade auch im Marktgeschehen. »Nur Geld hat die rätselhafte Fähigkeit, Unvergleichbares vergleichbar zu machen. Der Wachstums-

»Der Wachstumszwang ist im Kern ein Zwang zur Geldvermehrung.«

Christoph Deutschmann

zwang ist also im Kern ein Zwang zur Geldvermehrung.« Wir wissen nicht, was eine »reale« Wertvermehrung wäre. Auch für Deutschmann ist Kapitalismus nicht einfach Marktwirtschaft, sondern er ist eine engtzenzte – sachlich, räumlich und zeitlich. Er sieht Innovation als charakteristisches Verhalten von Menschen in sozialen Lagen, die mit »alten« Handlungsmustern ausweglos sind. In »reifen« Volkswirtschaften nehme die Nachfrage nach Risikokapital ab, aber die Anlage-suchenden Finanzvermögen zu, daher dürfe Kapital heute nicht mehr schnelle und hohe Rentabilität erwarten. Wie diese »Geld« und »Bescheidenheit« des Kapitals erreicht werden kann, sagt er leider nicht. Eher resigniert stellt er fest, dass der Zielkonflikt zwischen den sozialen und ökologischen Aspekten des Wachstums sich noch weiter zuspitzen werde. In marxistischer Tradition sieht auch Deutschmann die Problematik vor allem in der Eigentumsfrage – Trennung von Produktionsmitteln und Arbeitskraft – und differenziert leider nicht zwischen Eigentum an »von Menschen gemachten Gütern« und den Naturressourcen.

Neoklassik, Marxismus, Keynesianismus

Nach einer erneuten kleinen Pause erläutert Michael Roos (Ökonom, von der Neoklassik

herkommend, Ruhr-Universität Bochum), was eine Theorie des Wachstumszwangs aus makroökonomischer Sicht leisten muss. Er sieht den Begriff »Wachstumszwang« doppeldeutig: 1) das sozio-ökonomische System erzeugt unweigerlich Wachstum; 2) das System kann ohne Wachstum nicht existieren. Es habe jahrhundertlang nicht-wachsende Systeme gegeben, und reife Volkswirtschaften zeigten eine Tendenz zur »säkularen Stagnation«. Dazu eine Ergänzung: Nur »Geld ohne Bedarf und Bedarf ohne Geld« (Dieter Suhr) wachsen noch und stagnieren nicht. Roos nennt überblicksartig den neoklassischen Mainstream mit dem Ziel von materiellem Wohlstand und dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als dessen Maßzahl, dabei werden gesellschaftliche Folgen (Ökologie, Verteilung) ausgeblendet. Abschließend steht seine Forderung an diese Theorie: Sie sollte unter realistischen Annahmen abbilden bzw. prognostizieren, welche direkten ökonomischen Folgen ein Wirtschaften ohne Wachstum hat.

Zum Abschluss des Tages referiert ein weiterer Ökonom die neoklassische Perspektive: Aloys Prinz (Finanzwissenschaftler, Westfälische Wilhelms-Universität Münster) nennt die

Erst eine monetäre Belastung der Zahlungsmittel bewirkt eine Neutralisierung des Joker-Vorteils von Geld.

Hotelling- und die Hartwick-Regel für einen Ressourcenabbaupfad nicht-erneuerbarer Rohstoffe, der zumindest die schwache Nachhaltigkeit gewährleisten sollte. Die Neoklassik sage nichts dazu, warum technischer Fortschritt wächst. Prinz gibt die aus seiner Sicht anfallenden Opportunitätskosten eines forcierten Nullwachstums zu bedenken: ein kon-

stantes oder schrumpfendes Niveau an öffentlichen Gütern und Infrastruktur, ein stagnierendes Niveau sozialer Sicherung, von Umwelttechnik und Energieeffizienz und generell keine zusätzlichen Investitionen in Zukunftsgüter, die einen hohen Einsatz an Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen erfordern.

Gefolgt wurde dieses Referat von zwei Kurzreferaten zur Kritik des Keynesianismus (Oliver Richters) sowie des Marxismus (Tobias Vogel). Es kam der Hinweis, dass die Reihenfolge »erst sparen, dann investieren« so nicht zutrifft, wenn auch trotzdem aus den

dass *alle* Einkommen zu Nachfrage werden. Mit wachsendem Einkommen wächst die Sparneigung (Keynes); außerdem *können* große bzw. wachsende Einkommen überhaupt nicht mehr vollständig konsumiert werden; ebenso findet hinreichender »Vermögensverzehr« als Kompensation von nicht-konsumierten Einkommen nicht statt.

Auch die Aussage »Die Liquiditätspräferenz ist nicht in Stein gemeißelt«, daher könne die untere Schranke des Geldzinses durchaus bis auf null fallen, erscheint richtig. Hier wird aber nicht bedacht, dass nicht nur die »Unsicherheiten der Zukunft« diese Vorliebe, li-

und daher die entstehende Tendenz zu einer sinkenden Rate der Rentabilität pro eingesetzter (Geld- oder Sach-)Kapitaleinheit nicht durch Regulationsmaßnahmen gebremst werden könne. Dies erzeuge aus sich heraus eine Tendenz zur Ausweitung der Produktion. Hier könnte daher von einem »vollkommenen« (i.S. von echtem) Wachstumszwang gesprochen werden, so Vogel.

Irreversibler Ressourcenverbrauch und Erwerbszwänge

In den nun folgenden Vorträgen wurde deutlich(er), dass zum einen das grundlegende Problem des Wirtschaftswachstums der irreversible Verbrauch der Naturressourcen ist, und dass zum zweiten die Sicherung von Erwerbseinkommen trotz Wirtschaftswachstum nicht gewährleistet ist, sondern aktuell Unterbeschäftigung herrscht. Oliver Richters betonte in seinem Referat »Innovation, Wettbewerb und Ressourcennutzung« (mit Verweis auf den gemeinsam mit Andreas Siemoneit verfassten Text: »Why can't we stop? A critical review on growth imperatives«) u.a.: Politische Entscheidungen könnten dafür sorgen, dass Naturressourcen nicht mehr »zu billig« sind. Erfreulich ist, dass zudem im genannten Text angeführt wird, dass die Rückverteilung von abgeschöpften Knappheitsrenten ein »Grundeinkommen« generieren könnte.

Neue Aspekte brachte das Referat von Andreas Siemoneit: »Effizienzkonsum«. Nicht nur die Angebotsseite steht durch Unterkonsumption unter Druck, sondern auch die Nachfrageseite erfährt Druck durch Herausbildung neuer Standards, zum Beispiel beim Smartphone: Zunächst reagieren die Verbraucher begeistert und nehmen es als Zugewinn an Freiheit wahr, dann entwickelt es sich zum Standard, und schließlich wird es zur Wahrung der eigenen Effizienz auch für die Sicherung des Erwerbseinkommens unverzichtbar. Die Grenzen von Konsum und Erwerbstätigkeit verschwimmen.

Fazit

Das Seminar war interessant, das sollte auch dieser Bericht zeigen. Indirekt wurde deutlich, dass vordringlich der Naturressourcenverbrauch das Problem ist, und außerdem unfreiwillige Erwerbslosigkeit. Die Wachstumsproblematik sollte dem nachgeordnet werden. Der Ansatz des »Rostenden Geldes« mit seinen Folgen für Konjunktur und Erwerbseinkommen sowie die Abschöpfung und Rückverteilung der Knappheitsrenten sind dafür grundlegend, was aber in Ökonomen-Kreisen leider immer noch nicht verstanden wird. ■

Alwine Schreiber-Martens, INWO-Mitglied.

Mehr Infos: www.voeoe.de/aktivitaeten/workshop-wachstumszwang/



Ersparnissen Investitionen finanziert werden; es gibt ein vielfältig zusammenhängendes sachliches, räumliches und zeitliches Netzwerk von unterschiedlichen Fristigkeiten und Losgrößen. Marx betreffend ist interessant, dass dieser die »Einzigartigkeit« des Bodens im Unterschied zu den sonstigen Kapitalgütern durchaus betont hat, dies jedoch heutzutage aus dem Bewusstsein – auch der Marx-Kenner und -Anhänger – weitgehend verschwunden ist.

Theorie und Realität

Nach diesem inhaltsreichen Tag wurden weitere Gespräche auf das gemeinsame Abendessen in einem Lokal in Witten verlegt. Am Sonntag früh ging es dann mit Referaten, die zum großen Teil bereits als vorbereitende Lektüre empfohlen worden waren, weiter. Bartosz Bartkowski und Harry Schindler sagten in ihrem Vortrag »Geld und Finanzsystem«, dass der »vollständige Konsum« insbesondere der Zinseinkommen erlaube, dass aus dem aktuellen Geldsystem kein Wachstumszwang entstehe. Es geht aber darum,

quide zu bleiben, hervorrufen, sondern auch die Erwartung einer monetären Gratifikation, die mit dem temporären Weggeben der Liquidität verbunden ist. Diese Belohnung resultiert aus dem Angewiesensein aller Wirtschaftsteilnehmer auf die Verfügung über Zahlungsmittel, um damit das eigentlich Benötigte bezahlen zu können. Erst eine monetäre Belastung der Zahlungsmittel bewirkt eine Neutralisierung der Joker-Eigenschaften von Liquidität. Einzelne Individuen mögen bereits unter den aktuellen Umständen keine »Vorliebe für Liquidität« mehr haben, flächendeckend braucht es dafür jedoch monetäre Methoden. Leider war dieser Gedanke den Vortragenden neu und ungewohnt und daher nicht sofort verständlich.

Thema des Referats von Tobias Vogel war: »Wachstumszwang aufgrund steigender Kapitalintensität«. Durchaus in Anlehnung an den »tendenziellen Fall der Profitrate« bei Marx argumentierte er, dass die Kapitalintensität, eben das eingesetzte (Sach-)Kapital im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten, mit dem technischen Fortschritt anwachse

Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört

Michael Hudson ist neben David Graeber einer der wichtigsten Theoretiker der Occupy-Wall-Street-Bewegung, die auch hierzulande zu Occupy-Demos im Frankfurter Bankenviertel animiert hat. Nun erschien »Der Sektor« auf Deutsch.

Dieses Buch sollte man gelesen haben! Es stammt von einem der bekanntesten Vordenker der Occupy-Wall-Street-Bewegung. Ihr deutscher Verleger, Tom Kraushaar, sagt über die beiden: »Graeber und Hudson sind in der Tat radikale Kapitalismuskritiker, aber gleichzeitig sind sie unterschiedene Verfechter der freien Marktwirtschaft... Die Radikalität dieser beiden Denker besteht auch und vor allem darin, dass sie uns aus Denkwängen befreien, die uns ein Leben im Spätkapitalismus auferlegt hat.« Michael Hudson, Jahrgang 1939, stammt aus einer trotzkistischen Gewerkschafter-Familie und wollte ursprünglich ins Verlagswesen. Trotzki war nach eigenen Angaben sein Pate und nach dem Tod der Witwe Natalia Sedowa erhielt Hudson die Rechte an Trotzki's Schriften, fand aber keinen Verlag. »Wie sich herausstellen sollte, sah meine Zukunft anders aus. Die Werke fremder Leute zu veröffentlichen, gehörte nicht dazu.« (S. 19)

Stattdessen lernte er den Ökonom Terence McCarthy kennen, der ihm an einem entscheidenden Abend die Dynamik der Verschuldung erklärte, und begann daraufhin an der New York University Wirtschaftswissenschaften zu studieren. Doch die Themen, die ihn am meisten interessierten – »die Schuldendynamik, die Frage, wie die Kreditvergäbepraxis der Banken die Immobilienpreise aufbläht, die Prinzipien der Volkswirtschaftsstatistik sowie der steigende Anteil an Kapitalerträgen im Finanz-, Versicherungs- und Immobilien- (FVI-)Sektor« – wurden weder hier noch anderswo gelehrt. Diese Themen erarbeitete er sich selbst während und neben seiner langjährigen Tätigkeit für Banken und Finanzfirmen, auch an der Wall Street. Sein erster Job war übrigens in den 1960ern bei einer Treuhandgesellschaft der 127 Sparkassen, die damals in New York existierten, die es aber heute nicht mehr gibt, weil sie von anderen Banken »geschluckt, privatisiert und zerschlagen wurden« (S. 21) – Sollte das nicht die deutschen Sparkassen und örtlichen Genossenschaftsbanken animieren, sich mit Hudson zu beschäftigen?!



So war Michael Hudson schließlich einer von wenigen, die die Finanzkrise kommen sahen: Im Mai 2006 sagte er im Harper's Magazine den Zusammenbruch der amerikanischen Immobilienblase voraus. Seit 2002 hat Hudson eine Forschungsprofessur an der University of Missouri.

Die englische Originalausgabe dieses Buches, die bereits im August 2015 erschien (kurioserweise im ostdeutschen ISLET-Verlag, der

»Nicht nur die Schulden sind das Problem. Es sind auch die angehäuften Vermögenswerte.«

auf assyriologische Publikationen und babylonische Keilschrifteditionen zur Rechtsgeschichte und Wirtschaftsgeschichte spezialisiert ist, aber genauso abgekürzt wird wie das Institute for the Study of Long-term Economic Trends, ISLET, dessen Präsident Hudson

ist), trägt noch einen prägnanteren Titel: »Killing the Host. How Financial Parasites and Debt Destroy the Global Economy«. Das Bild vom Finanzsektor als Parasiten hat Hudson vermutlich bei John Brown entlehnt, quasi der amerikanische Helmut Creutz des 19. Jahrhunderts, der 1898 sein weitgehend unbeachtetes Werk »Parasitic Wealth« veröffentlichte und darin den Zinseszins beschrieb als das »subtile Prinzip, durch das der Reichtum zum Parasit im Körper der Industrie wird – der mächtige Faktor, der von den Schwachen nimmt und den Starken gibt; der die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer macht«. (S. 114)

Mashmash

So widmet auch Hudson ein ganzes Kapitel (Kap. 4) der »alles verschlingenden Macht des Zinseszinses«. Er bringt die 72er-Regel, mit der man die Verdoppelungszeit bei einem bestimmten Zinssatz berechnen kann, die Geschichte mit dem Josefspfennig und die mit dem Weizenkorn auf dem Schachbrett. Das Konzept gehe aber schon auf die Sumerer im dritten Jahrtausend vor Christus zurück, die damals den Begriff »mashmash« kannten: »Zinsen (mash) für Zinsen«.

Hudson betont immer wieder: Volkswirtschaften wachsen nicht exponentiell mit dieser Rate. »Dies bedeutet, dass ihre wachsenden Schulden gegenüber Banken und Anleihegläubigern nach und nach die Substanz der Volkswirtschaften aufzehren, so dass weniger Einkommen für Produktion und Konsum zur Verfügung steht. (...) Das ist die Dynamik der Schuldendeflation. Volkswirtschaften verarmen und verfallen, wenn Einkommen und Vermögen an Gläubiger übergehen.« Dass ausgerechnet Marxisten mit den Themen Zinsen, Schulden und Kapitalerträge leider wenig anfangen können, hat Hudson oft erfahren müssen und beklagt daher die »Aversion der politischen Linken gegenüber dem Schuldenproblem« (S. 27). Für Hudson steht fest: »Geld ist kein Produktionsfaktor« (S. 102) Erfreulich daher, dass Der Freitag das Werk im November zum Buch der Woche kürte und auch einige interessante Interviews mit Hudson verlinkte: www.freitag.de/buch-der-woche/der-sektor. U.a. hat auch Sahra

Wagenknecht, die Fraktionsvorsitzende der Linken, Michael Hudson interviewt.

Aufblähung von Papiervermögen

Neben der Schuldendeflation ist die Vermögenspreisinflation zentrales Thema von »Der Sektor«. Schon in den 60ern hatte Hudson selbst beobachtet, wie der Zuwachs an Sparguthaben in Form von Krediten an die Eigenheimkäufer weitergereicht wurde und so erheblich zu dem Preisanstieg im Immobiliensektor nach dem Zweiten Weltkrieg beitrug – weshalb er schon damals verstand, wie es im 20. Jahrhundert zur Entstehung und immer weiteren Aufblähung von »Papiervermögen« kam. (S. 22)

Eine andere verbreitete Anlagemöglichkeit für Spargelder sind US-Staatsanleihen, mit denen die Rüstungsausgaben der USA finanziert werden. Hudson hatte schon 1972 in seinem Buch »Super Imperialism« herausgearbeitet, dass nach der Abkopplung des Dollars vom Goldstandard (welche an sich begrüßenswert war) ein internationales Finanzsystem etabliert wurde, »das andere Länder zwingt, die US-amerikanischen Militärausgaben zu finanzieren – ob sie das nun wollen oder nicht.« Der heutige Ruf der USA nach stärkerer Beteiligung Europas in der NATO ist schon lange als verlogene Entlarvung. Und in den vergangenen Jahren druckte die Fed im Rahmen der quantitativen Lockerung über 4 Billionen Dollar, um die Vermögenspreise erneut künstlich aufzublähen und die Überschuldung der Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Ökonomische Renten sind zentral

Größtes Verdienst von Michael Hudson ist es wohl, dass er den Begriff der ökonomischen Renten aus der Versenkung hervorholt und diesen zentral stellt. »Die klassische Arbeitstheorie der Wertschöpfung definierte die ökonomische Rente als der Betrag, um den der Preis die technologisch notwendigen Produktionskosten übersteigt. Der Begriff umfasst Bodenrenten, Monopolrenten und Zinsen, die von Grundeigentümern und anderen Eigentümern natürlicher Ressourcen, von Monopolisten und Banken abgeschöpft werden.« Ökonomische Renten tragen nichts zur realen Produktion bei und sind somit leistungslose Einkommen. (S. 15)

Ziel der klassischen Ökonomen sei es noch gewesen, die Volkswirtschaften von diesen unverdienten Rentier-Einkommen zu befreien, während die meisten Ökonomen heute »gewohnheitsmäßig die Partei der Gläubiger ergreifen«. Mit dem heutigen neoliberalen Mainstream geht Hudson hart ins Gericht: »Obwohl er scheinbar die Ideologie des freien Marktes vertritt, verwirft der pro Gläubiger eingestellte Mainstream alles, was die klassischen ökonomischen Reformer tatsächlich angestrebt haben.« (S. 33) Er ist für Hud-

son daher »Junk Economics«, also »Ökonomie für den Müll«.

Heute haben die Banken entdeckt, dass »ihr ertragsstärkstes Geschäftsfeld Kredite für Immobilenkäufer, monopolistische Rohstoffkonzerne und natürliche Monopole sind.« Dies sind genau die Sektoren, die hohe ökonomische Renten generieren – welche nach Ansicht der klassischen markliberalen Ökonomen die natürliche Basis der Besteuerung sein sollten, aber stattdessen heute aus den volkswirtschaftlichen Einkommensstatistiken verbannt werden. (S. 17f, S. 128ff)

Lösungsvorschläge

Was ist zu tun? »Besteuert werden sollten Rentier-Einkommen aus Eigentum an Grund und Bodenschätzen, von Banken und Monopolen, nicht dagegen Löhne und Gewinne von Industrieunternehmen«, so Michael Hudson. Er schlägt zehn Reformen vor: neben der Besteuerung der ökonomischen Renten auch Schuldenerlasse, eine Option zur Verstaatlichung von Banken, direkte Staatsfinanzierung durch die Zentralbanken (statt auf dem Umweg über Anleihegläubiger), höhere Kapitalertragssteuern, eine Beendigung der steuerlichen Absetzbarkeit von Schuldzinsen (damit Überschuldung nicht noch staatlich subventioniert wird), Finan-



»Wir sind die 99 Prozent« ist das Motto der Occupy-Bewegung. Auch die INWO demonstrierte mit, hier bei Blockupy 2012 in Frankfurt.

»Dieses Vermögen befindet sich zum Großteil in den Händen des Einen Prozents, wird dann aber zu den Schulden, indem es meistens als Kredite an die restlichen 99 Prozent weitergereicht wird.«

zierung der gesetzlichen Renten und Krankenversicherung aus dem allgemeinen Haushalt, öffentliches Eigentum der natürlichen Monopole, gesetzliche Unterbindung unverantwortlicher Kreditvergabe zum Zwecke der betrügerischen Aneignung und – last but not least – die Wiederbelebung der klassischen Wert- und Rententheorie (insbesondere auch in der volkswirtschaftlichen Statistik). (S. 548f)

Die Frage sei, so Hudson, »ob die Gesellschaft verschuldete Volkswirtschaften oder deren Gläubiger retten wird. Banken schlagen Alarm bei dem Gedanken, Schulden zu streichen, die nicht zurückgezahlt werden können, als ob dies undenkbar wäre. Aber es ist weniger radikal, als Volkswirtschaften in überschuldetes Ödland zu verwandeln, wie es im Fall von Griechenland geschah.« Aus einer historischen Perspektive sei es »radikaler, eine Schuldendeflation durch eine Sparpolitik zu vertiefen und währenddessen Banken Immobilien zwangsversteigern zu lassen, als wenn Regierungen Schuldner schützen, die die übergroße Mehrheit der Bevölkerung und Unternehmen ausmachen.« Er geht davon aus, dass die Banken und Anleihehaber weitermachen bis die nächste Schuldenkrise ausbricht, solange bis endlich durchgreifende Reformen angepackt und Regeln festgelegt werden. (S. 563f)

Schuldenerlasse haben sich immer als schwierige Verhandlungssache herausgestellt, die letzten Endes auf dem Rücken der Steuerzahler ausgetragen wurde. Daher ist es sehr bedauernd, dass Hudson nicht auf eine effektive Negativzinspolitik als Alternative eingeht. Leider taucht der Name Silvio Gesell auch nicht im langen Personenregister des 670 Seiten starken Werkes auf. Sollte ihm da etwas entgangen sein?

Beate Bocking

Michael Hudson: Der Sektor. Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört. Klett-Cotta, Stuttgart 2016, gebundene Ausgabe, 670 S., 26.95 €, ISBN 978-3-608-94748-9

Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!

Mit dieser Forderung geht ein Bündnis aus sozialen Bewegungen und Vereinen an die Öffentlichkeit. Die Forderungen sind eigentlich ein Bündel von Selbstverständlichkeiten. Doch Entscheidendes fehlt: Der größte Faktor gesellschaftlicher Umverteilung bleibt unerwähnt – der Boden.



Am eigenen Gartenzaun hört der Gerechtigkeitssinn bei vielen auf, gilt es doch, die eigenen Privilegien zu bewahren.

Gefordert werden bessere soziale Absicherung, mehr öffentliche Investitionen und eine ökologisch nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung. »Mit mehr Steuergerechtigkeit können wir das finanzieren«, lautet das Versprechen. Die aufgelisteten Forderungen sind aus den Beiträgen linker Protagonisten allgemein bekannt: Steuerschlupflöcher beseitigen, Vermögens- und höhere Erbschaftssteuern sowie höhere Beiträge für finanzstarke Unternehmen und Reiche.

Nicht erwähnt werden die Bodenwerte und Bodenerträge, obwohl gerade diese in den letzten beiden Dekaden vielfach um 50 Prozent, mancherorts sogar um 100 Prozent angestiegen sind. In dem Aufruf, der unter anderem ver.di, Oxfam, BUND, FÖS, GEW, dem Paritätischen, der AWO und attac unterzeichnet ist, heißt es lediglich: »Kapitalerträge dürften nicht privilegiert werden«. Es bleibt das Geheimnis der Autoren, ob dabei der Boden, als Quelle leistungsloser Einkommen, auch als Kapital betrachtet wird.

Soziale Gerechtigkeit und ökonomische Ausgewogenheit

Eine glaubwürdige und sehr effektive Forderung wäre die Heranziehung der Grundsteuer zur Überwindung der sozialen Ungleichheit. Mit rund 13,7 Mrd. Euro ist sie eine wichtige Einnahmequelle der Gemeinden. Dabei ist sie durch die äußerst effektive Lobbyarbeit der Grundstückseigentümer lächerlich gering, gemessen am Grundstückswert und Grundstücksertrag. Hinzu kommt, dass aus speku-

lativen Gründen unbebaute Grundstücke und verwahrloste Immobilien steuerlich begünstigt werden.

Die fiskalische Gleichbehandlung aller Grundstücke in einem jeweiligen Gebiet, sowie die schrittweise Anhebung der Grundsteuer, würde niemanden über Gebühr belasten. Die Mehreinnahmen müssen allerdings pro Kopf an die Bevölkerung zurückverteilt werden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass jede Anhebung der Grundsteuer dem Einzelnen umso mehr Nutzen bringt, je geringer sein Einkommen ist.

Ein Rechenbeispiel

Bei einer Verdoppelung der Grundsteuer würde die alleinlebende Witwe im innerstädtischen Reihenhaus mit 400 m² Grundstück jährlich zusätzlich mit circa 190 Euro belastet. Verteilt man die mehr eingenommenen circa 14 Mrd. Euro auf 80 Millionen Einwohner, erhält die Witwe davon 175 Euro zurück. Die höhere Belastung für ihr Grundstück, dessen Wert in den letzten 10 bis 15 Jahren um vermutlich 100.000 Euro zugenommen hat, beträgt demnach nur 15 Euro.

Große Gewinner einer solchen Rückverteilung wären die Mieter in den belasteten und preisgünstigeren Quartieren. Eine Verdoppelung oder gar Verdreifachung der Grundsteuer schlägt bei der fünfköpfigen Familie in der Hochhausssiedlung in »benachteiligter Lage« in der Miete mit kaum mehr als 100 Euro pro Jahr zu Buche. Die Rückerstattung von fünfmal 175 Euro (oder sogar 350 Euro) wären dann 875 Euro (beziehungsweise 1.750 Euro) im Jahr – und somit ein spürbarer Bonus. Für den Spekulant, der seine Immobilie leer stehen oder sein Grundstück unbebaut lässt, wird der Druck größer, den Boden dem von der Gemeinde beschlossenen Zweck zuzuführen. Dies wirkt sich günstig auf die Preisentwicklung aus und verringert den Druck auf die Gemeinden, immer neue Neubaugebiete auszuweisen. Auch wird der wohlhabende Anleger, der sich in verschiedenen Städten mehrere privat genutzte Wohnungen gönnt, deutlich mehr Grundsteuer entrichten müssen. Er kann sich dies allerdings auch problemlos leisten.

»Für die Kommunen bundesweit wäre eine zeitgemäße, weil investitionsfreundliche, so-

zial ausgewogene und zukunftsgerichtete Grundsteuer von großer Bedeutung«, fordert die Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!« Für den Zusammenhalt der Gesellschaft wäre eine darüber hinausgehende Abschöpfung der Bodenrente sinnvoll und notwendig. Die Einwände der Repräsentanten sich sozial nennender Parteien und Bewegungen hiergegen beweisen leider allzu oft, dass bei etlichen Protagonisten die Sorge um die Rendite ihrer eigenen geerbten Immobilie größer ist als die Sorge um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.

Abstruse Diskussionen

Da argumentiert ein grüner Politiker beispielsweise: Man würde ihn zwingen, sein geerbtes innerstädtisches Grundstück zu bebauen, wenn er dafür mehr Grundsteuer entrichten müsste. Das würde er aus ökologischen Gründen ablehnen. Ein Sozialdemokrat argumentiert, man dürfe den Wertzuwachs eines Grundstücks nicht höher besteuern, weil schließlich die dort lebende Witwe kein höheres Einkommen daraus habe. Und ein linker Professor findet schon die 500 Euro Grundsteuer für das selbst genutzte Mehrfamilienhaus im Grünen unangemessen hoch. Schließlich würde er daraus keinen Profit ziehen.

Grundsteuer derzeit lächerlich niedrig

Für ein Grundstück mit Reihenhaus zahlt man im Düsseldorfer Süden beispielsweise 180 Euro – im Jahr! Für einen Immobilienwert von einer halben Million Euro und möglichen Mieteinnahmen von 20.000 Euro. Dass Eigennutzer den Großteil dieser Summe als geldwerten Vorteil einsparen, wird selbst von Ökonomen in den einschlägigen Diskussionszirkeln hartnäckig ignoriert. Viele der Kämpfer für soziale Gerechtigkeit haben vermutlich selbst geerbt und verteidigen, sicherlich oft unbewusst, ihr persönliches Privileg. Sie sollten sich daher nicht wundern, wenn die tatsächlichen Habenichtse, die, die diese Privilegien finanzieren, sich von allen sozialen Bewegungen verraten fühlen und irgendwelchen Rattenfängern hinterherlaufen. ■

Klaus Willemsen

Quelle: www.reichtum-umverteilen.de

Grundsteuerreform auf Eis gelegt?

Die vom Bundesverfassungsgericht angemahnte Reform der Grundsteuer zieht sich weiter hin. Die im September letzten Jahres vom Bundesrat verabschiedete Gesetzesinitiative hat offenbar keine Chance auf tatsächliche Umsetzung. Das ist gut so. – Doch was ist die Alternative?

Am 15. Februar meldete die Bild-Zeitung: »Grundsteuer-Reform wegen Länderstreit auf Eis gelegt«. Wie aus dem Finanzausschuss des Bundestages verlautete, will die Bundesregierung keine Initiative ergreifen, da sich die Bundesländer untereinander nicht auf ein gemeinsames Modell einigen können. »Entsprechende Gesetzentwürfe der Länder würden nur bei einvernehmlicher Haltung des Bundesrates unterstützt«, hieß es.

Die Länder Niedersachsen und Hessen hatten im September Gesetzentwürfe in den Bundesrat eingebracht. Sie halten eine Reform für zwingend, da es ernste verfassungsrechtliche Zweifel an der jetzigen Rechtslage

verschwenderischen Umgang mit Boden und Landschaft.

Der Entwurf wurde von den Ländern zwar mehrheitlich gebilligt, doch die Länder Bayern und Hamburg lehnen das Reformmodell ab. Auch in Bundeskabinett und Bundestag ist Widerstand insbesondere der CSU zu erwarten. Weder in der Plenar- noch Ausschussplanung sind daher die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe bisher berücksichtigt. Am Ende dieser Wahlperiode verfallen jedoch nicht behandelte Gesetzentwürfe.

Uneinigkeit fatal für die Kommunen

Die Sprecherin der Linken-Fraktion für Kommunal Finanzen, Susanna Karawanskij, schrieb in einer Pressemitteilung: »Wenn das Bun-

desverfassungsgericht mit einem Urteil kommt und das gegenwärtige Gesetz mit den veralteten Einheitswerten für verfassungswidrig erklärt, droht bis zur Nachbesserung durch den Gesetzgeber eine Aussetzung der Grundsteuer.« Sie hält das für ein »fatales Signal für die Kommunen«, denen bei Aussetzung der Steuer ein Einnahmeausfall von mindestens 13 Milliarden Euro drohe.

Der Grundsteuer-Experte Prof. Dr. Dirk Löh-

meint: »In der Regel gibt das Bundesverfassungsgericht bei solchen Nachbesserungen dem Gesetzgeber zwar bis zu drei Jahren Zeit; der im Zuge der Bundesratsinitiative eingebrachte betreffende Gesetzentwurf (Reform des Bewertungsgesetzes) hätte allerdings zehn Jahre für die Implementierung benötigt – was eine unmittelbare Konsequenz der bislang genauso zwanghaft wie unnötiger Weise verfolgten Einbeziehung der Gebäude in die grundsteuerliche Bemessungsgrundlage ist. Mit einer Aussetzung der Grundsteuer würde eine der wichtigsten Einnahmequellen der ohnehin finanziell nicht weich gebetteten Kommunen versiegen. Die von der Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!« propagierte bodenbezogene Grundsteuer könnte hingegen auf Grundlage der schon beste-

henden Bodenrichtwerte kurzfristig umgesetzt werden.«

Einfachere, schnellere und bessere Lösung

Henry Wilke, Referent für Siedlungsentwicklung beim NABU und neuer Koordinator der Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!« schreibt in einer Pressemitteilung vom 24. Februar: »Wird die Grundsteuerreform bis Ende Juni nicht im Bundestag behandelt, so verfällt der Gesetzentwurf. Ein erneuter Beschluss im Bundesrat wäre dann erforderlich, um das Verfahren wieder aufleben zu lassen. Dabei ist Eile geboten, denn laut seiner am 23. Februar veröffentlichten Vorausschau beabsichtigt das Bundesverfassungsgericht noch in diesem Jahr, über die Einheitswerte als Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer zu urteilen.«

»Mit Blick auf das von der Bundesratsmehrheit beschlossene, aber vermutlich erneut verfassungswidrige »Kostenwert«-Reformmodell erscheint die Untätigkeit der Regierungskoalition besonders abenteuerlich«, so Wilke – dabei gäbe es ja eine unkompliziertere und schneller umsetzbare Lösung: eine bodenwertbezogene Grundsteuer.

Aufruf »Grundsteuer: Zeitgemäß!« unterstützen!

Was ist die Alternative? Die Unterzeichner des Aufrufs »Grundsteuer: Zeitgemäß!«, darunter auch die INWO Deutschland, fordern die Gleichbehandlung von unbebauten und bebauten Grundstücken und damit die Ausgestaltung der Grundsteuer als Bodensteuer ernsthaft zu prüfen: »Die aufstehenden Gebäude bei der Wertermittlung unberücksichtigt zu lassen, bedeutet eine wesentliche Vereinfachung. Eine Vielzahl von Finanzbeamten könnte andere, wichtigere Aufgaben übernehmen. Eine gerechte und investitionsfreundliche Grundsteuer muss nicht kompliziert sein!«

Unterstützen Sie den Aufruf im Internet unter: www.grundsteuerreform.net.

Beate Bockting

Weitere Informationen gibt Henry Wilke, Koordination »Grundsteuer: Zeitgemäß!« beim NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. Tel.: +49 30 284 984 – 1628, E-Mail: info@grundsteuerreform.net oder Henry.Wilke@NABU.de



Zeit zum Wandel – insbesondere bei der Grundsteuer, die in Zukunft auf Basis des Bodenwerts berechnet werden sollte

gibt. Die heute noch bei der Berechnung zugrundeliegenden Einheitswerte, die auf den Jahren 1964 für den Westen bzw. 1935 für den Osten Deutschlands basieren, gelten gemeinhin als veraltet und verfassungswidrig. Der Reform-Vorschlag strebt eine »aufkommensneutrale« Reform an, will also keine flächendeckend höhere Belastung für die Bürger. Allerdings bleibt auch die Neuregelung auf Basis sogenannter Kostenwerte kompliziert und erfordert eine zehnjährige Anlaufzeit – und sie hält an der »verbundenen Bemessungsgrundlage« fest: Die Grundsteuer B besteuert sowohl Grund und Boden als auch aufstehende Gebäude. Das ist ungerecht und verwaltungsaufwändig, entmutigt bauliche Investitionen, erschwert die Verwirklichung der kommunalen Planung und befördert den

Die Vollgeld-Volksabstimmung naht ...

Am 1. Dezember 2015 wurde die Vollgeld-Initiative mit über 110.000 gültigen Unterschriften bei der Bundeskanzlei in Bern eingereicht. Im November 2016 erfolgte die Stellungnahme des Bundesrates. Für dieses Jahr werden die Stellungnahmen des Nationalrates und des Ständerates erwartet. Der Termin für die Volksabstimmung dürfte dann Ende 2017 oder 2018 sein. Die Vollgeld-Initiative hat eine erwidende Stellungnahme zur Botschaft des Bundesrates vorgelegt, da der Bundesrat die Initiative punktuell fehlinterpretiert und zu zentralen Fragen der Initiative keine Stellung genommen hat. Hier eine Zusammenfassung¹:

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft vom 9.11.2016 die Vollgeld-Initiative in zentralen Teilen zutreffend analysiert. Er attestiert ihr teils ausdrücklich, teils zwischen den Zeilen, die Berechtigung des Anliegens, sachliche Qualität, innere Stimmigkeit (Konsistenz) und praktische Umsetzbarkeit. Insbesondere attestiert der Bundesrat der Initiative, dass ihre Umsetzung im internationalen Kontext aus juristischer Sicht möglich ist. Weniger nachvollziehbar sind allerdings die politischen Folgerungen des Bundesrates. Die von ihm behaupteten Nachteile sind sachlich unfundiert und wirken rein politisch motiviert:



80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, das elektronische Buchgeld auf unseren Konten würde von der Nationalbank erzeugt und nicht von den Banken. Die Vollgeld-Initiative korrigiert diese Fehlentwicklung. Sie verwandelt die heutigen Zahlungsverprechen auf unseren Privatkonten zu echtem gesetzlichen Zahlungsmittel (Vollgeld), das so sicher wie Bargeld ist. Die Vollgeld-Initiative stellt somit einen Zustand her, von welchem die Bürgerinnen und Bürger bereits heute ausgehen.

2. Die Vollgeld-Initiative lässt der SNB alle ihre bisherigen geldpolitischen Instrumente, erweitert ihre Möglichkeiten und stärkt ihre Unabhängigkeit. Die Vollgeld-Initiative schreibt der SNB keine konkrete Geldpolitik vor, sondern lässt ihr die gebotenen Freiheiten. Die SNB kann wie bisher den LIBOR beeinflussen und allzu grossen Schwankungen der Zinsen und des Wechselkurses entgegenwirken sowie – falls notwendig – die Geldmenge auch unkompliziert jederzeit wieder reduzieren. Die neuen zusätzlichen Möglichkeiten umfassen die schuldfreie Geldschöpfung und die wiedererlangte Fähigkeit, die Geldmenge wirkungsvoll und direkt zu steuern. Damit könnte die SNB Probleme angehen, die heute unlösbar erscheinen.

Trotzdem bringt der Bundesrat als zentrale Begründung für seine Ablehnung der Vollgeld-Initiative vor, mit Vollgeld würde die SNB eine Geldpolitik zum Schaden der Schweiz betreiben. Warum sollte die SNB das in einem Vollgeldsystem tun, obwohl die Vollgeld-Initiative ihr dies in keiner Weise aufzwingt? Die Vollgeld-Initiative bietet ihr im Gegenteil sogar explizit erweiterte Möglichkeiten, den verfassungsmässigen Auftrag »im Gesamtinteresse des Landes« zu handeln, zu erfüllen.

3. Für Banken und damit auch für die Bankkunden hat Vollgeld keine direkten finanziellen Auswirkungen. Ob Banken kostenlos selbst Geld schöpfen oder zu null Prozent Zins von der Nationalbank leihen, macht für diese keinen Unterschied. Somit gibt es auch keinen Grund für höhere Zinsen oder Bankgebühren. Die Gründe für die aktuellen und zukünftigen Umstrukturierungen und Anpassungen im Bankenwesen liegen bei der enormen Regulierungsdichte und den Fintech-Entwicklungen. Die Vollgeld-Initiative hingegen kann sogar mithelfen, das traditionelle Bankengeschäft zu fördern.

4. Der Bundesrat geht auf zusätzliche Vorteile von Vollgeld gar nicht ein: Verringerung der »too-big-to-fail«-Problematik, Nutzbarmachung von bisher nicht realisierbaren Geldschöpfungsgewinnen in Milliardenhöhe, gesamtwirtschaftliche Entschuldung, geldsystemische



1. Der Bundesrat übersieht, dass es Vollgeld schon immer und überall gab und die Vollgeld-Initiative nichts grundsätzlich Neues will. Vollgeld in Form von Banknoten, Münzen und elektronischem Geld der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ist das, was in der Bevölkerung unter »Geld« verstanden wird. Das elektronische Buchgeld der Banken, welches kein gesetzliches Zahlungsmittel ist, verbreitete sich durch die Einführung des elektronischen Zahlungsverkehrs erst in den letzten Jahrzehnten. Das geschah unmerklich. Nach Umfragen sind

¹ Die komplette Stellungnahme findet sich hier: www.vollgeld-initiative.ch/fa/img/Stellungnahmen_deutsch/2016_12_19_Stellungnahme_zur_Bundesratsbotschaft_Vollgeld-Initiative.pdf. Die Bundesrats-Botschaft kann man hier nachlesen: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-64444.html>

Gleichstellung aller Unternehmen, Wegfallen der geldsystemischen Benachteiligung von kleinen gegenüber grossen Banken, etc.

5. Die Aussagen des Bundesrats entsprechen nicht dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung: Das international renommierte Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen KPMG zeigt in der Metastudie »Money Issuance«, dass die überwiegende Anzahl der wissenschaftlichen Studien zu einem positiven Ergebnis kommt: Vollgeld führt zu mehr ökonomischer Stabilität und Beschäftigung, zu geringeren öffentlichen und privaten Schulden und zu einer Verhinderung von Inflation. Der Bundesrat geht darauf in keiner Zeile ein. Bereits früher hat der IWF in seiner Fachstudie »The Chicago Plan Revisited« die Vorteile klar benannt.

Auch diskutieren bereits ausländische Zentralbanken bzw. Parlamente (England, Schweden, Dänemark, Is-

land) öffentlich einzelne Elemente der Vollgeld-Initiative.

6. Der Bundesrat verhindert mit seiner passiven, abwehrenden Haltung eine Diskussion über eine Anpassung des bestehenden Geld- und Bankensystem. Die Botschaft des Bundesrates ist so formuliert, dass der Eindruck entsteht, eine echte Debatte solle verhindert werden. Es wird so getan, als ob der vom Bundesrat eingeschlagene Weg alternativlos sei. Doch es gibt sie, die wirkungsvolle, moderate Ergänzung: die Vollgeld-Initiative.

Wir tun bereits jetzt vieles, um den Erfolg in der Abstimmung vorzubereiten: Vorträge und Gespräche in Parteien, Vereinen und Verbänden, Regionalgruppen aufbauen, Medienarbeit, Strassenaktionen, etc. Es ist wichtig, dass sich möglichst viele Menschen frühzeitig Gedanken zur Vollgeld-Initiative machen.



SCHWEIZ

Führt Skandinavien Vollgeld ein?

Die Zentralbanken Schwedens und Dänemarks erkennen den gesellschaftlichen Bedarf nach elektronischem Geld, das ebenso sicher ist wie Bargeld. Deshalb diskutieren die beiden Notenbanken öffentlich, wie sie elektronisches Zentralbankengeld für die Bevölkerung in Umlauf bringen können. In Teilen Skandinaviens denkt man somit ernsthaft über einen ersten Schritt hin zu einem Vollgeld-System nach.

Cecilia Skingsley, Vizepräsidentin der schwedischen Zentralbank, hält es für problematisch, dass der Zugang der Bevölkerung zu Bargeld durch den Markt bestimmt und zunehmend erschwert wird. Denn Bargeld habe wichtige Eigenschaften, die dem elektronischen Geld auf den Konten fehle: Bargeld ist die einzige, für die Öffentlichkeit zugängliche Form von gesetzlichem Zentralbankgeld. Im Unterschied zum elektronischen Bankengeld (Giralgeld) auf den Konten ist Bargeld keinem Konkursrisiko der Banken ausgesetzt. Zudem sind Zahlungen in bar anonym und ohne Einbeziehung von Geschäftsbanken möglich. Wenn nun das Bargeld fast verschwindet, dann sei es – so Skingsley – die Aufgabe des Staates, der Öffentlichkeit eine neue, dem aktuellen Stand der Technik entsprechende Form von Zentralbankgeld zur Verfügung zu stellen. Diese neue Form von Geld, »e-krona« genannt, wäre elektronisches Vollgeld, das in Ergänzung zu den bestehenden Zahlungsmitteln in Umlauf gebracht werden würde.

Lanciert Zentralbank die »e-krona«?

Die schwedische Zentralbank will unverzüglich damit beginnen, die technischen, rechtlichen und politischen Aspekte einer möglichen Emission von »e-krona« zu untersuchen. Dabei will man unter anderem klären, ob die »e-krona« an ein Bankkonto gebunden sein oder als digitales Zeichen ohne Kontobindung in elektronischen Netzwerken zirkulieren soll und auch, ob sie direkt von der Zentralbank oder mit Hilfe der Geschäftsbanken in Umlauf gebracht werden soll.

Dänemark prüft Blockchain-Technologie

Laut der Nachrichtenagentur Bloomberg hat die Dänische Nationalbank ähnliche Bestrebungen und klärt ab, ob auf Basis der Blockchain-Technologie eine elektronische Krone herausgegeben werden könnte. Singapur und Kanada sollen bereits ein entsprechendes System getestet haben. In Schweden und Dänemark sind führende Entscheidungsträger offen für eine monetäre Modernisierung – im Gegensatz zur Schweiz, wo die Nationalbank und der Bundesrat eine Vollgeldreform kategorisch ablehnen. Diese kategorische Ablehnung ist umso unverständlicher, als fundierte wissenschaftliche Untersuchungen eindeutig zum Schluss kommen, dass sich eine Vollgeldreform sehr positiv auf die Gesamtwirtschaft auswirken würde.

Daniel Meier (Co-Präsident der INWO Schweiz und Vollgeld-Mitinitiant)



Stilles Andenken an Verstorbene

Mai 2015: **Othmar Metzger**
April 2016: **Arnold Ackermann**
Oktober 2016: **Urs Allemann**

INWO Schweiz





Dialoge beim Open Forum des WEF?

Während des privaten World Economic Forum (WEF) vom 17. bis 20. Januar fanden in Davos Platz erneut öffentliche Foren in der Mittelschule statt. Das »Open Forum« (OF) wurde 2003 vom WEF zusammen mit dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK) und Hilfswerken wie Brot für Alle (BFA) zum ersten Mal durchgeführt. Die Verantwortlichen gaben sich Mühe, die Podien ausgewogen zu gestalten. Die Zivilbevölkerung hatte spätestens nach rund 45 Minuten die Möglichkeit, in die Diskussion mit einzusteigen. Einige Male wurde sogar angeboten, nach den offiziellen 90 Minuten den Dialog mit den PodiumsteilnehmerInnen im Restaurant vertieft fortzusetzen.

Mitveranstalter ziehen sich zurück

Kirchliche Kreise und Hilfswerke beurteilten das OF jedoch von Anfang an als Scheindialog. Schon 2005 klinkte sich BFA aus. Der SEK machte bis 2011 mit. Seither organisiert das WEF diese Veranstaltung alleine. Früher war auf der Homepage noch ersichtlich, wer für die Auswahl der OF-Themen und die mehr oder weniger kritischen Experten zuständig war. Das ist schon lange vorbei. In den letzten Jahren waren sich die Auserwählten auf der Bühne einig, dass der Kapitalismus alternativlos ist, dass sich auch Studenten mit Hunderttausenden von Dollars für ihre Ausbildung verschulden sollen

und dass Europa dankbar sein soll, Millionen von Kriegsflüchtlingen aufnehmen zu dürfen, um weiterhin das BIP-Wachstum zelebrieren zu können.

2012 gab es allerdings ein demokratisches Aufbäumen der Zivilgesellschaft dank Occupy mit einem exzellenten Statement von Tomas Sedlacek zum Zins- und Wachstumswahn. Leider wurde er seither vom WEF nicht mehr nach Davos eingeladen. 2015 kam dann der Höhepunkt Orwellscher Propaganda, als Tony Blair uns zu erklären versuchte, wie man Freiheit und Frieden unter verschiedenen Religionsgemeinschaften organisiert. Viele applaudierten ...

Problemursachen und alternative Lösungswege tabu

Obwohl die Probleme jedes Jahr extremer werden, ändern sich die Modelle der »Weltverbesserer« (WEF Motto: Entschlossen, den Zustand der Welt zu verbessern) kaum. Noch nie waren Themen auf dem Programm, die das ewige (nachhaltige) Wachstum gefährden könnten. Ökologische Kostenwahrheit, echtes Verursacherprinzip oder Vollgeld, das in der Schweiz bald zur Abstimmung kommt, sind nicht beliebt. Auch Überproduktion und Überkapazität sind kein WEF/OF-Thema. Also wird weiterhin am zerstörerischen Wachstumszwang und dem daraus folgenden »Abwracken« von Neuwagen und an geplanter Obsoleszenz festgehalten. Ursachen sollen nicht tiefgründig untersucht werden. Illegale Kriege, neue Atombomben auf deutschem Boden, Exporte von Waffen in Kriegsgebiete, Wachstumszwang, illegitime Schulden sind genauso tabu, wie die ständig extremer werdende Schere zwischen Arm und Reich und die gnadenlose Zerstörung der Lebensgrundlagen. »Das Open Forum ist da, um von Problemen abzulenken«, erklärte uns Ex-Bundesrat Dölf Ogi im Migos Magazin 2013.

Gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht ...

... steht in der Präambel unserer Bundesverfassung. Dieses Motto möchte ich nächstes Jahr aufnehmen und innerhalb des Open Forum 2018 mit freiheitsliebenden Menschen zusammen Einfluss nehmen, damit die Mitbestimmung der Zivilbevölkerung mehr zur Geltung kommt. Dieses Jahr habe ich gelbe Karten verteilt, beschrieben mit Regeln für eine Kommunikation auf gleicher Augenhöhe und mit sensibilisierenden Beispielen aus früheren Jahren, die aufzeigen, was für Menschen vom WEF schon aufgestellt wurden.

Melden Sie sich, wenn Sie nächstes Jahr mit mir nach Davos kommen mögen, um langfristige Themen, Alternativen und Ursachenbehandlungen in den Mittelpunkt des Open Forum zu rücken. Ich freue mich auf Vorschläge und Anmeldungen!

Ing. Alec Gagneux, Entwicklungs-Philosoph, engagiert sich im Rahmen von Entwicklungsprojekten für faireres Geld, Solarenergie und würdige Familienplanung.

Seit 2002 ist er während des WEFs in Davos für ein friedlicheres Zusammenleben aktiv. Er ist im Vorstand der INWO und betreibt die Webseite www.fairCH.com.

E-Mail: info@fairCH.com

Dieses Flugblatt (auf gelbem Papier gedruckt) wurde an TeilnehmerInnen am Open Forum verteilt: Vorder- und Rückseite

Open Forum Davos 2017

WEF: seit 1971 entschlossen, den Zustand der Erde zu verbessern

Herzlich willkommen!

openforumdavis.ch

„Das Open Forum (OF) hat zum Ziel, den Dialog zu fördern und das Bewusstsein für kritische Fragen zur globalen Wirtschaft zu erweitern. Es bietet dazu eine Plattform um Ideen, Gedanken und Fragen zum Ausdruck zu bringen und diese in einem offenen Umfeld zu diskutieren.“

Regeln (Zivilgesellschaft = Schiedsrichter)

1. Wir orientieren uns an UNO-Menschenrechten und an direkter Demokratie.
2. Alle Menschen sind gleichwertig, alle können Ideen, Gedanken und Fragen zum Ausdruck bringen (echter Dialog).
3. Wahrhaftigkeit und Gewaltlosigkeit sind Basis des Dialogs. Ziel ist das WEF-Motto: faireres und friedlicheres Zusammenleben auf der ganzen Erde: Wie können wir Teil dieser Lösung werden?
4. Die vom WEF ausgewählten Experten auf dem Podium diskutieren maximal 45 Minuten (1-Halbzettel) unter sich. Danach gilt Offenes Forum für ALLE. Falls die Experten oben die Zeit vergessen, kann mit Klatschen, Klangkörpern oder anderen kreativen Mitteln die 2 Halbzettel von unten eingekürzt werden.
5. Haben Sie diese Gelbe Karte hoch, falls gefault wird (siehe obige Regeln). Rote Karte → nutzen Sie Ihre Kreativität.

Danke, für Ihr Mitwirken, damit das Offene Forum (OF) seinem Namen gerecht wird.

www.fairCH.com

Seit 2003 wurden folgende Experten zum OF eingeladen:

- **Daniel Vasella** – Pharmakonzern Novartis: Geschäftsleitung, Verwaltungsratspräsident
- **Peter Brabeck** – Nestlé: führender Wasser-Privatisierer
- **Toni Blair** – GB: Gefährlicher Kriegsverbrecher, mitverantwortlich für mehr als 1 Million ermordete Kinder, Frauen, Männer in illegalen NATO-Angriffskriegen
- **Sigmar Gabriel** – BRD: „Wir haben gar keine Bundesregierung. Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen NGO...“
- **Peter Sutherland** – UN-Migrationsbeauftragter (Ex Goldman Sachs-Chairman, ex BP-Chairman, Bilderberger, Trilaterale Kommission, 5-Berater im Vatikan): „Migration ist gut für Wachstum...“; „Umassende Globalisierung = moralisch“
- **Sergio Ermotti** – UBS: „Die Schweiz ist reich geworden durch Schwarzgeld...“
- **Johann Schneider-Ammann** – Schweiz: Will mehr Frieden indem CH-Kriegsmaterial in kriegsführende Staaten wie Saudi-Arabien exportiert wird – entgegen geltendem Gesetz.
- **Christine Lagarde** – IMF: engagiert sich weltweit gegen Armut
- **Thomas Wipf** – SEK, Pfarrer: Widerspruch 2010 dem Imam aus Nigeria, der vorschlug, die Schweiz solle sich noch mehr auf Schokolade statt Kriegsmaterial konzentrieren...
- **Dölf Ogi** – Schweiz: „Das OF ist da, um abzulenken.“ (2013)
- **Tomas Sedlacek** – Tschechische Republik: „Zinsen nehmen ist gespenstisch: Europa braucht kein Wachstum...“ (2012)
- **Prof. J.E. Stiglitz** – USA: „BIP ist sehr falscher Massstab - wer falsch misst, macht auch das Falsche... Krieg im Irak...“ (2016)
- **Prof. Dr. Peter Ulrich**: JA zur Vollgeld-Initiative, JA zu Bargeld, Vollgeld in demokratischen Händen reduziert organisierte Kriminalität, Umweltzerstörung, Überschuldung...

Wie stuften Sie die vom WEF ausgewählten Experten ein? ☒ Rote ☐ Gelb ☐ Bravo!

Kolumne »Gastwirtschaft«

Die Frankfurter Rundschau veröffentlicht täglich eine Kolumne zum Wirtschaftsgeschehen, in der Autorinnen und Autoren zu Wort kommen, die »vermeintlich Alternativloses hinterfragen, Mythen entlarven und andere, neue Wege aufzeigen«. Zu ihnen gehören unter anderen auch unsere stellv. Vorsitzende Beate Bockting, Andreas Bangemann von der »Humane Wirtschaft« und Günther Möwes, Autor von »Geld oder Leben«.

Am 22. Februar erschien beispielsweise Beates Kolumne »Her mit der Bargeldgebühr! Wie wir uns gegen neue Schocks wappnen können«. Darin heißt es: »Schon jetzt ist deutlich: Zinssteigerungen sind schwierig. Doch beim nächsten negativen Schock wird man erneut gezwungen sein, die Geldpolitik stark zu lockern. Stärkere Negativzinsen werden dann schnell wieder auf der Agenda erscheinen – doch ihnen steht heute noch das Bargeld im Wege. Um auf die nächste Krise gut vorbereitet zu sein, brauchen wir – wenn wir das Bargeld nicht abschaffen wollen – eine Bargeldgebühr. Ökonomische Preppers haben diese in ihrem Survival-Rucksack.«



Und Günther Moewes kritisierte am 27. Februar die scheinheiligen Argumente aus »der alten Voodoo-Kiste der Bereicherungsökonomie«. Er stellte klar: »Wertschöpfung entsteht nur durch Arbeit von Menschen oder Maschinen. Gewinne, Zinsen und Mieten sind dagegen sekundäre Abschöpfung. Milliardenvermögen entstehen nie ohne Abschöpfung von der Arbeit anderer. Je größer der Reichtum, desto größer die Armut oder die Zahl der Armen.«

Die Gastwirtschaft ist online immer geöffnet unter: www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/



DEUTSCHLAND

Kirchentag in Berlin 24.-27. Mai 2017



Auch auf diesem Kirchentag wollen wir wieder die Fahne der Fairconomy hissen. Dies hat ja nun schon eine lange Tradition. Aber diesmal geht's zum einen nach Berlin und zum anderen ist Lutherjahr. Martin Luther war ein scharfer Zinskritiker, was etwas in Vergessenheit geraten ist. Wir wollen den Kirchentagsbesuchern zeigen, dass das Thema nicht an Aktualität verloren hat.

Zusammen mit Mitstreitern fühlt man sich sicherer und es macht auch einfach mehr Laune, unser Anliegen weiterzutragen. Und da wir ja einen wichtigen Beitrag anzubieten ha-

ben, sind auf jeden Fall interessante Gespräche zu erwarten. Denkanstöße dürften auch die beiden Luther-Postkarten liefern, die wir verteilen werden.

Wer Lust hat, bei unserem INWO-Stand mitzuhelfen, melde sich bitte unter bernd.cremer@INWO.de oder vlado.plaga@INWO.de. Wir freuen uns über jede Mithilfe, z.B. beim Standaufbau ab mittwochmittags, Abbau am Samstagnachmittag oder zwischendurch, auch wenn es nur für ein paar Stunden ist. Wer einen Übernachtungsplatz braucht, bitte umgehend Bescheid geben: Noch ist einiges möglich. Also aufrufen und dran denken: Wir fahren nach Berlin!



Mitgliederversammlung am 23. September 2017

Eine weitere Möglichkeit, die INWO kennenzulernen, gibt es rund um die jährliche Mitgliederversammlung. Die MV 2017 findet am Wochenende 23./24. September in der Jugendherberge Bonn statt. Wie immer wird es ein interessantes Begleitprogramm geben. Also: Termin vormerken!

INWO-Arbeitstreffen vom 20.-22. Januar in Greven

Am vorletzten Januar-Wochenende trafen sich einige Aktive in Greven, um inhaltlich über verschiedene aktuelle geldpolitische Fragen zu diskutieren, darunter über das Pro und Contra von Quantitative Easing, die Entwicklung der weltweiten Verschuldung und die Ausweitung des Kapitalmarkts sowie die Bedeutung von digitalen Zahlungsdiensten. Thema war auch der alternative Vorschlag zur Überwindung der Nullzinsgrenze von Eisler/Buiter/Kimball, der einen Wechselkurs zwischen Bargeld und Buchgeld vorsieht. Außerdem wurde über das Konzept der equilibrium bzw. natural interest rate diskutiert, das von den Monetärökonomen in den letzten Jahren verstärkt herangezogen wird.



Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname

Name

Straße

Postleitzahl

Ort

E-Mail-Adresse
(bitte angeben für regelmäßige Informationen)

Telefon
(für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)

Ort, Datum

Unterschrift

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang

Beruf/Tätigkeit

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg/F.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: D E _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _

Name des Kreditinstituts oder BIC: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Vorträge Dirk Löhr am 28. Januar in Frankfurt

Jasmin Wendnagel, Tochter der langjährigen INWO-Vorsitzenden Wera Wendnagel, hat gemeinsam mit ihrem Freund Wendelin Kampa in Frankfurt eine Einführungsveranstaltung zu »Freigeld« und »Freiland« organisiert, zu der knapp 50 Freunde und Gäste kamen.

»Irgendwie ist in der allgemeinen Wahrnehmung ja alles, was unter der Überschrift »Wirtschaft« oder gar »Geldsystem« läuft, mit dem Tabu des »zu kompliziert für Laien« versehen. Aber mal ganz ehrlich, wie soll etwas, was unser aller Lebensrealität und auch alle Politik steuert und bestimmt, jenseits unseres Verständnisses sein?«, fragte Jasmin sich und beschäftigte sich deswegen (und natürlich auch durch den Input ihrer Mutter) in den letzten Jahren immer intensiver mit den freiwirtschaftlichen Grundideen.

»So habe ich feststellen können, dass es zwar durchaus manchmal kompliziert ist, die Zusammenhänge zu verstehen, aber eben alles andere als unmöglich«, formulierte sie in ihrer Einladung. Als Referent für den 28. Januar konnte sie Dirk Löhr gewinnen, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld, und Vorsit-



zender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft. Dirk Löhr referierte vormittags zum Thema Geld und Zins und nachmittags zum Thema Boden und Ressourcen. Dazwischen gab es ein warmes Mittagessen, so dass sich alle »rundum liebevoll versorgt« fühlten. Die Vorträge waren sehr interessant und die Gäste konnten sehr viel Input mitnehmen. »Wir haben bei vielen ein grundsätzliches Interesse wecken können und sind gespannt, wie es weitergeht.«

INWO auf Facebook

Dank Klaus Willemsen und Andreas Berner ist die INWO nicht nur durch die Medienkommentare auf unserer Homepage, sondern auch auf Facebook immer aktuell vertreten. Es finden sich hier momentan Informationen zu einer Studie des DIW, in der eine wieder zunehmende Einkommensungleichheit festgestellt wird, zum Bündnis »Reichtum umverteilen« oder zu Hans-Werner Sinns positiven Beurteilung von Marx' Krisentheorie.

Wer dieses Netzwerk nutzt, ist eingeladen bei FAIRCONOMY auf Facebook vorbeizuschauen und mitzuhelfen, auch auf diesem Wege unsere Anliegen weiterzuverbreiten.



Werden Sie INWO-Mitglied!

Da unsere vielen Aktivitäten Zeit und Geld kosten, freuen wir uns über Ihre Unterstützung. Sei es ideell, durch aktive Mitarbeit oder finanziell. Um unseren Einfluss zu vergrößern, brauchen wir eine starke Mitgliederbasis. Wir bitten Sie daher: Werden Sie INWO-Mitglied! (Aufnahmeantrag nebenstehend)

Abonnieren Sie unseren Newsletter mit einer Mail an: rundbrief@INWO.de

Möchten Sie für unsere Arbeit spenden?

Unsere Kontoverbindung:
Konto Nr. 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
BLZ: 430 609 67
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf:

Mitgliederverwaltung:
Annette Blank
Wallstr. 97
50321 Brühl
E-Mail: mitglieder@INWO.de

Vorstand/Redaktion:
INWO e.V.
Redaktion FAIRCONOMY
Aldruper Brink 75, 48268 Greven
E-Mail: INWO@INWO.de
oder redaktion@INWO.de

5 gute Gründe INWO-Mitglied zu werden

Eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft verlangt nach einer neuen Geld- und Bodenordnung, denn:

- 1 Die **Überwindung der exponentiellen Wachstumsdynamik** im Geldwesen beruhigt und stützt die Wirtschaft: Geldvermögen und Schulden vermehren sich nicht mehr von selbst, das Geld wird gerechter verteilt; statt die Realwirtschaft auszutrocknen, wird der Finanzsektor auf Kosten der großen Kapitalbesitzer stabilisiert. Das schafft finanzielle und politische Sicherheit.
- 2 Die gleichzeitige Überwindung von Geldhortung, Inflation und Deflation schafft die Grundlagen für eine dauerhaft **stabile wirtschaftliche Entwicklung**. Ein hinreichend differenziertes und niedriges Zinsniveau (z.B. negative Zinsen auf kurzfristig geparktes Geld, 0 % Zinsen auf langfristige, sichere Geldanlagen) ermöglicht eine stabile Konsumgüter-, Investitions- und Staatsnachfrage, die zur Vollbeschäftigung mit einem für alle Beschäftigten angemessenen Auskommen führt. Die Arbeitseinkommen und die umlagefinanzierten Altersrenten werden im Vergleich zu den Kapitaleinkommen deutlich steigen.
- 3 Allen Menschen steht ein **gleichberechtigter Zugang zum Boden** zu. Mit dem Prinzip »nutzen statt besitzen« bekommen alle Menschen entsprechend ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten die Chance, den Boden zu nutzen. Die von den Nutzern gezahlte Pacht wird an alle Bürgerinnen und Bürger verteilt. Der in Zeiten niedriger Zinsen wieder zunehmend feudale Charakter des heutigen Bodenwesens wird so überwunden.
- 4 Wenn Gerechtigkeit in Bezug auf Geld und Boden herrscht, lassen sich **Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung endlich wirksam bekämpfen**. Sobald es gerechter zugeht, lassen sich Ökoabgaben und Umweltschutzmaßnahmen leichter politisch durchsetzen.
- 5 Am Bedarf der Menschen, und nicht länger am Bedarf des Kapitals orientiertes Wirtschaften ermöglicht ein **friedliches Miteinander** im Gemeinwesen, zwischen den Völkern und im Zusammenwirken von Mensch und Natur. Nur so lassen sich langfristig auch die Ursachen von Flucht und Vertreibung überwinden.

In unserer Gesellschaft fehlt es an Mut, die Notwendigkeit einer Geldgebühr und von Konsequenzen aus der massiven Wertsteigerung des Bodens politisch zu diskutieren. Dafür braucht es starke Organisationen, die diese ökonomischen Einsichten öffentlichkeitswirksam einbringen.

Werden Sie INWO-Mitglied!